

KLAUS JAITNER

DEUTSCHLAND, BRÜNING UND DIE FORMULIERUNG
DER BRITISCHEN AUSSENPOLITIK
MAI 1930 BIS JUNI 1932*

Es ist bereits mehrfach festgestellt worden, daß die Zeit von 1929 bis 1933 mit dem „Schwellenjahr“ 1931 einen „wirtschaftspolitischen wie auch allgemeinpolitischen“ Einschnitt für Deutschland und Großbritannien dargestellt hat¹. Brünings Regierungszeit vom 31. März 1930 bis zum 30. Mai 1932 fiel zeitlich und hinsichtlich ihrer Hauptaufgaben mit dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise zusammen; zudem war seine Ernennung weitgehend eine Folge der wirtschaftlich-finanziellen und sozialen Notsituation in Deutschland. In Großbritannien bildeten die Labour Party und die Liberalen seit Juni 1929 unter Ramsay MacDonald eine Koalitionsregierung, die im Zusammenhang mit der schwierigen Haushaltslage und der notwendig werdenden Pfundabwertung im September 1931 zusammenbrach und nach dem Wahlsieg der Konservativen einer Regierung der sogenannten nationalen Konzentration Platz machte.

Die Wirtschaftskrise brachte einen Rückschlag für die seit 1924 vor allem von Briand und Stresemann getragene Politik internationaler Zusammenarbeit und Verständigung, der sich zuerst auf wirtschaftspolitischem Gebiet durch die Errichtung von Zollschränken und die Kontingentierung der Importe bemerkbar machte, bald auch auf die politischen Beziehungen der Staaten übergriff und zu einem Ausbruch nationalistischer Emotionen führte. Vor allem in Deutschland wurden die wirtschaftlichen und sozialen Nöte auf äußere Ursachen zurückgeführt, mit wachsender Ungeduld daher eine umfassende Revision oder Liquidierung des Versailler Vertrags gefordert.

Auch Brüning betrachtete die Weltwirtschaftskrise als Möglichkeit, Deutschland von den Auflagen des Friedensvertrags zu befreien, wobei er das Schwergewicht zunächst auf die Reparationsfrage richtete. Das Erscheinen seiner Memoiren im November 1970² löste eine lebhafte Diskussion über die Stellung seiner Regierung im

* Heinrich Brüning hielt sich auf Einladung von Provost B. H. Streeter im Mai/Juni 1938 in The Queen's College in Oxford auf. Leider konnten im College-Archiv keine Hinweise gefunden werden. – Die vorliegende Arbeit entstand während meines zweijährigen Aufenthalts als Florey-Stipendiat an The Queen's College; Provost und Fellows, besonders Dr. R. A. C. Parker, möchte ich für ihre Hilfsbereitschaft danken.

Alle Quellenhinweise beziehen sich auf das Public Record Office in London: Akten des Foreign Office, des Kabinetts und Premierministers.

¹ B. J. Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschlandpolitik 1933–39*, Düsseldorf 1971, S. 21. Ferner: A. Predöhl, *Die Epochenbedeutung der Weltwirtschaftskrise von 1929 bis 1931*, in: VfZ 1 (1953), S. 97–118.

² H. Brüning, *Memoiren 1918–1934*, Stuttgart 1970.

Übergang der Demokratie zur Diktatur und über die Funktion seiner Außenpolitik aus. Während W. Conze³ die Ansicht vertritt, daß Brüning „das notwendige Übel der Wirtschaftskrise mit ihren sozialen und politischen Belastungen ... zum Vehikel für durchgreifende Reformen gemacht [hat], durch die das Deutsche Reich aus einengenden außen-, finanz- und innenpolitischen Verstrickungen gelöst werden sollte“, und wie R. Morsey⁴ betont, daß Brüning die Außenpolitik seiner Vorgänger weiterführte, stellt J. Wheeler-Bennett⁵ Divergenzen zwischen der politischen Zielsetzung 1930 und den Memoiren fest. 1930 sei die Sanierung der Wirtschaft durch ein Reformprogramm das Hauptanliegen gewesen; in seinem Memoiren habe Brüning hingegen als wichtigstes Ziel die Revision des Versailler Vertrags genannt: „This, however, was not the argument presented at the time.“ Demgegenüber betonen K. D. Bracher⁶, H. Graml⁷ und H. Mommsen⁸, daß Brüning, vom Primat der Außenpolitik überzeugt, vorrangig und einseitig auf den Versailler Vertrag und seine Überwindung fixiert gewesen sei und die innenpolitische Krise lediglich als Problem der Außen- und richtigen Finanzpolitik gesehen habe. Dem Kanzler sei es „weniger um die Bekämpfung der Wirtschaftskrise als um die Beseitigung der Reparationen gegangen“⁹ und er sei durch diese Zielsetzung „zu einer Beschleunigung und Verschärfung seiner antipluralistischen Restaurationspolitik im Innern“ gezwungen worden¹⁰. Daher bestreitet vor allem Graml, daß Brüning die Außenpolitik Stresemanns fortgesetzt habe.

In der Außenpolitik beherrschten drei Komplexe die Regierungsaktivitäten Brünings: Die Forschung¹¹ hat sich überwiegend mit der Reparationsfrage befaßt und deren zentrale Stellung seit den Septemberwahlen 1930 hervorgehoben; der Kanzler erstrebte ferner die Gleichberechtigung Deutschlands auf militärischem Gebiet und die Zollunion mit Österreich, die auf den europäischen Südosten ausgedehnt werden sollte. In seiner wirtschafts- und außenpolitischen Konzeption kam den USA¹² und

³ W. Conze, Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz, in: HZ 214 (1972), S. 310–34, 320, 329.

⁴ R. Morsey, Brüning und Adenauer. Zwei deutsche Staatsmänner, Düsseldorf 1972, S. 15.

⁵ J. Wheeler-Bennett, Reconsiderations. The End of the Weimar Republic, in: Foreign Affairs 50 (1971/72), S. 351–71, 362 Anm. 5.

⁶ K. D. Bracher, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: VfZ 19 (1971), S. 113–23.

⁷ H. Graml, Präsidialsystem und Außenpolitik, in: VfZ 21 (1973), S. 134–145.

⁸ Diskussionsbeitrag Mommsens während der Verhandlungen des Internat. Symposiums in Bochum vom 12.–17. Juni 1973, in: H. Mommsen, D. Petzina, B. Weisbrod (Hrsg.), Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1974, S. 933.

⁹ Mommsen, Industrielles System, S. 933.

¹⁰ Graml, Präsidialsystem, S. 134.

¹¹ Vergl. R. Bassett, Nineteen Thirty-One. Political Crisis, London 1958. E. W. Bennett, Germany and the Diplomacy of the Financial Crisis 1931, Cambridge, Mass., 1963. R. H. Ferrell, American Diplomacy in the Great Depression. Hoover-Stimson Foreign Policy 1929–1933, New Haven 1957. W. J. Helbig, Die Reparationen in der Ära Brüning. Zur Bedeutung des Young-Plans für die deutsche Politik 1930 bis 1932, Berlin 1962.

¹² Zu den amerikanisch-deutschen Beziehungen vergl. W. Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–32, Düsseldorf 1970, bes. S. 489ff. Ders., Der amerikanische Einfluß auf die Weimarer Republik in der Dawesplanphase (Elemente eines „penetrierenden Systems“), in:

vor allem Großbritannien die entscheidende Schlüsselstellung zu, da Brüning dort Verständnis für deutsche Revisionsforderungen erwartete¹³. Der Kanzler besaß durch mehrere Englandsaufenthalte als Student und Parlamentarier eigene Einsichten in die englischen Verhältnisse und gute Sprachkenntnisse; außerdem hatte er eine Reihe von einflußreichen Bekannten außerhalb der diplomatischen Dienste, wie den Labour-Abgeordneten Archibald Church, den Präsidenten der Bank of England, Montagu Norman, den Herausgeber des „Economist“, Walter Layton, und den Historiker John Wheeler-Bennett, die ihm die Kontakte mit der politischen Führung des Landes erleichterten¹⁴.

Das englische Regierungssystem ist durch seine starke exekutive Gewalt gekennzeichnet¹⁵; dies trifft besonders auf die Führung der Außenpolitik zu, bei der das Parlament fast völlig ausgeschaltet ist. Die Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten übt das Kabinett durch formale Diskussion und Beschlüsse sowie den üblichen Umlauf von Informationsmaterial und Denkschriften aus, wobei der Premierminister und der Secretary of State (Außenminister) die Verantwortung tragen. Das Verhältnis zwischen diesen beiden Politikern ist daher für die Einheitlichkeit der Außenpolitik entscheidend. Bei der Kabinettsbildung 1929 stellte die Besetzung des Foreign Office für MacDonald das Hauptproblem dar. Gegen seinen Willen mußte er auf Druck seiner Partei Arthur Henderson akzeptieren, behielt aber die Beziehungen zu den USA in seinen Händen¹⁶.

Henderson stellte ein Team für das Foreign Office zusammen, das als besonders kompetent bezeichnet wurde¹⁷: Der Wirtschaftswissenschaftler Hugh Dalton, der an der Formulierung des außenpolitischen Programms seiner Partei beteiligt gewesen war, wurde Parlamentarischer Staatssekretär; Philipp Noël-Baker, der spätere Nobelpreisträger, wurde Parlamentarischer Privatsekretär, beauftragt mit Abrüstungs- und Völkerbundsfragen. Nach dem Scheitern des Labour-Kabinetts übte bis zu den Novemberwahlen 1931 Lord Reading das Amt des Secretary of State aus; sein Nachfolger wurde John Simon, Fellow des All Souls College in Oxford¹⁸, der Anthony Eden zu seinem Parlamentarischen Staatssekretär ernannte.

Unter Henderson, dem wegen zu großer Beanspruchung innerhalb seiner Partei die

Mommsen, *Industrielles System*, S. 485–98. Heranzuziehen ist auch M. Ehrhardt, *Deutschlands Beziehungen zu Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich vom Mai 1930 bis zum Juni 1932*, Diss. Hamburg 1950.

¹³ Vergl. C 2473/2473/18, Annual Report von Rumbold für 1929, 12. 3. 1930.

¹⁴ Brüning, *Memoiren*, S. 222, 229, 310, 233, 291.

¹⁵ D. G. Bishop, *The Administration of British Foreign Relations*, Syracuse 1961, S. 3 ff., 66 ff.

¹⁶ Bishop, *Administration*, S. 85. D. Carlton, *MacDonald versus Henderson. The Foreign Policy of the Second Labour Government*, London 1970, S. 15 ff. K. E. Miller, *Socialism and Foreign Policy. Theory and Practice in Britain to 1931*, Den Haag 1967, S. 198. H. Winkler, *Arthur Henderson*, in: G. A. Craig-F. Gilbert, *The Diplomats 1919–1939*, New York 1969, S. 311–43, 319 ff.

¹⁷ Bishop, *Administration*, S. 249. Miller, *Socialism*, S. 199. Winkler, *Henderson*, S. 320.

¹⁸ Vergl. A. L. Rowse, *All Souls and Appeasement. A Contribution to Contemporary History*, London 1961.

Vernachlässigung politischer Details vorgeworfen wurde¹⁹, blieb für die Beamten des Foreign Office ein weiter Spielraum zur Einflußnahme auf die Gestaltung der Außenpolitik. Die Arbeit dieser Behörde erfolgt nach dem Kollegialsystem: Fast alle einlaufenden Botschafterberichte wurden von unten nach oben weitergeleitet, ausgefiltert und mit Kommentaren oder Beantwortungsvorschlägen („Minutes“) versehen. Das gesamte Personal nahm also an der Diskussion und Meinungsbildung teil²⁰, wovon die Akten ein eindrucksvolles Zeugnis abgeben. Der höchste und wichtigste Beamte des Foreign Office war der Permanent Under-Secretary (Ständige Staatssekretär); formal neben ihm stand der Parliamentary Under-Secretary. Ihnen folgten der Deputy Under-Secretary mit vier Assistenten und acht geographisch geordnete Departments nach, denen je ein Leiter und zwei bis sieben Mitglieder angehörten²¹. Kurz vor der Regierungsübernahme Brünings wurde am 1. Januar 1930 Robert G. Vansittart durch den Premierminister und den einflußreichen Permanent Under-Secretary des Schatzamtes, Warren Fisher, ohne die Mitwirkung Hendersons zum Permanent Under-Secretary des Foreign Office ernannt²². Als ehemaliger Privatsekretär MacDonalds sollte er offenbar eine Kontrollfunktion über das Außenamt ausüben. Er war ohne Zweifel, begabt mit einem scharfen analytischen Verstand, für Jahre die herausragende Erscheinung der britischen Außenpolitik.

Die Deutschlandpolitik wurde wesentlich im Central Department formuliert, dessen Chef bis 1933 Orme G. Sargent war, ein sehr befähigter Mann mit Wirtschaftskennntnissen, der 1946–49 als Permanent Under-Secretary wirkte²³. Vansittart nannte ihn einen Philosophen: „He knew all the answers ...“²⁴. Sein wichtigster Mitarbeiter war Peter Nichols. Während die Presse eine geringere Rolle spielte, als oft angenommen wird²⁵, war infolge der Wirtschaftskrise und der Bedeutung des Reparations- und interalliierten Kriegsschuldenkomplexes in der Außenpolitik das Schatzamt in diesen Fragen, die über die Kompetenzen und das Sachwissen der Beamten des Foreign Office hinausgingen, entscheidend beteiligt. Dies brachte erhebliche Schwierigkeiten

¹⁹ Bishop, Administration, S. 249. Miller, Socialism, S. 200. W. Selby, Diplomatic Twilight 1930–1940, London 1953, S. 3. R. Vansittart, The Mist Procession, London 1958, S. 376, 396 ff. V. Wellesley, Diplomacy in Fetters, London 1944, S. 126 f.

²⁰ D. C. Watt, Personalities and Politics. Studies in the Formulation of British Foreign Policy in the Twentieth Century, London 1965, S. 11 f.

²¹ Zur Gliederung des Foreign Office vergl. Bishop, Administration, S. 235. F. T. A. Ashton-Gwatkin, The British Foreign Service, Ann Arbor 1950, S. 23. Watt, Personalities, S. 4.

²² Zur Ernennung und Persönlichkeit Vansittarts vergl. D. Aigner, Das Ringen um England. Das deutsch-britische Verhältnis. Die öffentliche Meinung 1933–1939. Tragödie zweier Völker, München 1969, S. 141 ff. J. G. Colvin, Vansittart in Office, London 1965. H. Dalton, Call Back Yesterday. Memoirs 1887–1931, London 1953, S. 247 f. F. Leith-Ross, Money Talks. Fifty Years of International Finance. The Autobiography, London 1968, S. 159 f.

²³ W. N. Medlicott, Britain and Germany. The Search for Agreement 1930–37, London 1969, S. 3.

²⁴ Vansittart, Mist, S. 399.

²⁵ Zum Einfluß der britischen Presse vergl. Bishop, Administration, S. 183 ff. Carlton, MacDonald, S. 29 f. F. R. Gannon, The British Press and Germany 1936–1939, London 1971. B. Granzow, A Mirror of Nazism. British Opinion and the Emergence of Hitler 1929–1933, London 1964. Watt, Personalities, S. 12.

für die Konzipierung und Durchführung der Politik mit sich, da die „Fachleute“ des Schatzamtes nicht selten Einspruch erhoben und die „politischen“ Einsichten des Foreign Office behinderten. Der Versuch Hendersons, 1931 eine Wirtschaftsabteilung im Außenamt zu errichten, scheiterte am Widerspruch MacDonalds und Warren Fishers²⁶. Verbindungsmann zwischen beiden Ministerien und Teilnehmer an allen internationalen Konferenzen über Wirtschafts- und Finanzfragen war der Hauptwirtschaftsberater der Regierung, Frederick Leith-Ross²⁷. Dieser erhielt auch direkte Informationen der Wirtschaftssachverständigen der Berliner Botschaft, Rowe-Dutton und F. Thalwell, wie Counsellor Basil C. Newton Mitarbeiter des erfahrenen Botschafters Horace Rumbold²⁸.

Für die britischen Regierungen stellte sich seit Abschluß des Versailler Vertrags die Frage, wie in Europa der Friede gesichert werden könne, wenn sich Deutschland, das potentiell stärkste Land auf dem Kontinent, gegen diese Friedensordnung wandte. Unter den verschiedenen Gruppen, die Einfluß auf die Formulierung der britischen Außenpolitik besaßen, bestand weitgehend Einigkeit über die Notwendigkeit einer realistischen, auf Verständigung abzielenden, konstruktiven Politik und über die Führungsrolle Großbritanniens angesichts französischer Obstruktion und amerikanischer Enthaltung. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, auf deutsche Revisionswünsche mit Verständnis einzugehen und aktiv nach Möglichkeiten für einen Interessenausgleich zwischen den kontinentalen Staaten zu suchen. Diese Politik des „peaceful change“ war während der kurzen Regierungszeit MacDonalds von Januar bis September 1924 besonders gefördert worden und hatte nach dem Abschluß des Dawes-Plans und der Verträge von Locarno bis 1929 eine Periode der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und seinen Nachbarn ermöglicht. Ihre Beweggründe waren keineswegs nur ideeller Art und lagen nicht nur in der traditionellen Gleichgewichtspolitik Großbritanniens begründet; die „Appeasement“-Diskussion der letzten Jahre hat den handels- und finanzpolitischen Hintergrund verdeutlicht. Nach B. J. Wendt waren „Political and Economic Appeasement“ ... stets als zwei Aspekte einer einzigen politisch-ökonomischen Gesamtkonzeption unmittelbar aufeinander bezogen, die sich die Bewahrung des Friedens am Verhandlungstisch und die Ausräumung zwischenstaatlicher Konflikte auf dem Wege des Kompromisses zum Ziel gesetzt hatte²⁹. Seit dem Abschluß des Handelsvertrags am 2. 12. 1924, der die deutsch-

²⁶ Vergl. Ashton-Gwatkin, Service, passim. Carlton, MacDonald, S. 24f.

²⁷ Vergl. Leith-Ross, Money Talks.

²⁸ Zu Rumbold vergl. M. Gilbert, Sir Horace Rumbold. Portrait of a Diplomat 1869–1941, London 1973.

²⁹ Wendt, Economic Appeasement, S. 15. Zur Appeasement-Diskussion vergl. Craig-Gilbert, Diplomats. A. H. Furnia, The Diplomacy of Appeasement. Anglo-French Relations and the Prelude to World War II 1931–1938, Washington 1960. M. Gilbert-R. Gott, The Appeasers, London 1963. M. Gilbert, Britain and Germany between the Wars, London 1964. Ders., The Roots of Appeasement, London 1966. P. Lundgreen, Die Englische Appeasement-Politik bis zum Münchener Abkommen. Voraussetzungen – Konzeption – Durchführung, Berlin 1969. Medlicott, Britain. G. Niedhart, Weltmacht – Anspruch und Wirklichkeit. Zur britischen Außenpolitik im 20. Jhdt.,

britischen Wirtschaftsbeziehungen normalisierte, war Großbritannien, wenn auch in geringerem Maß und in Konkurrenz zu den USA, als Kreditgeber auf dem deutschen Kapitalmarkt engagiert. Schon seit dem Abschluß des Friedensvertrags hatten sich englische Regierungs- und Industriekreise gegen den Widerspruch von Reparationsleistungen und wirtschaftlicher Schwächung Deutschlands gewandt und statt dessen das Ziel verfolgt, „ein liberaldemokratisches, kapitalistisches Deutschland in die westliche Staatengemeinschaft und das Weltwirtschaftssystem zu reintegrieren“³⁰ und die Beziehungen zu einem seiner wichtigsten Handelspartner wiederherzustellen und auszubauen. Zu diesem Zweck und mit Rücksicht auf die Interessen des Empire mußte die deutsche Zahlungsfähigkeit erhalten werden. Bereits im Februar und August 1920 unternahm Großbritannien den Versuch, von den USA die Streichung der interalliierten Kriegsschulden und der Reparationen zu erreichen, da die wirtschaftliche Erholung und Stabilität dadurch gefährdet erschienen. Die Amerikaner waren jedoch nicht bereit, darauf einzugehen, und widersetzten sich dem inneren Zusammenhang von Reparationen und Kriegsschulden, da sie darin den Versuch sahen, „die USA zum reparationspolitischen Garanten und Kreditgeber zu machen und die amerikanischen Ressourcen unter britischer Führung für Europa einzusetzen“³¹. Großbritannien blieb jedoch auch in den folgenden Jahren von der Richtigkeit seiner These überzeugt und forderte von seinen Schuldnern aufgrund der Balfour-Note vom 1. August 1922³² Zahlungen in einer Höhe, die die eigenen Verpflichtungen an die USA deckten.

Die folgende Darstellung soll die Zusammenhänge der verschiedenen Problemkreise britischer Deutschlandpolitik, ihr Zustandekommen, ihre Motivationen, Alternativen, Abhängigkeiten und Grenzen deutlich machen. Im Mittelpunkt steht auch hier die Wirtschaftskrise mit der Reparationsfrage, während die Abrüstungskonferenz und ihre Vorbereitung mehr in den Hintergrund rücken.

Beginn der Brüning'schen Revisionspolitik

Für die Wahlen von 1929 hatte die Labour-Party ihre außenpolitischen Vorstellungen unter Leitung von MacDonald, Henderson und Dalton im Wahlmanifest „Labour and the Nation“ dargelegt, das nach den Wahlen im Foreign Office als generelle Richtlinie der neuen Politik verteilt wurde³³. Die Notwendigkeit internationaler Zu-

in: Neue Politische Literatur 13 (1968), S. 233–41. Ders., Friede als nationales Interesse. Großbritannien in der Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs, in: Neue Politische Literatur 17 (1972), S. 451–70 R. Tanchina, Commonwealth und Appeasement. Die Politik der britischen Dominions, in: Neue Politische Literatur 17 (1972), S. 471–89 N. Thompson, The Anti-Appeasers. Conservative Opposition to Appeasement in the 1930's, Oxford 1971. Wendt, Economic Appeasement.

³⁰ Link, Einfluß, in: Mommsen, Industrielles System, S. 487.

³¹ Ebenda.

³² Link, Stabilisierungspolitik, S. 141 ff.

³³ Labour and the Nation, London 1928. Vergl. dazu H. Dalton, Towards the Peace of Nations. A

sammenarbeit zur Wahrung der Freiheit und zur Sicherung des Friedens war das Hauptanliegen. Diesem Ziel sollten sechs Programmpunkte dienen: 1. Gewaltverzicht durch internationale Verträge; 2. radikale Abrüstung; 3. Beilegung von Konflikten durch einen internationalen Gerichtshof; 4. wirtschaftliche Zusammenarbeit statt Wirtschaftskriege; 5. Verzicht auf Geheimdiplomatie; 6. Auflösung von Militärblöcken und Abschluß von Nichtangriffsverträgen. Hinsichtlich spezifisch deutscher Probleme hielt sich das Manifest zwar zurück, doch waren alle Punkte darauf gerichtet, die Befriedung Deutschlands zu erreichen.

Bereits 1923 hatte MacDonald³⁴ die Verantwortung seines Landes für die kontinentale Entwicklung unterstrichen und eine Politik gefordert, die durch die Beseitigung der Gefahrenherde über internationale Zusammenarbeit zu einem stabilen Frieden führen sollte. Für eine positivere Haltung gegenüber Deutschland und die Revision des Versailler Vertrags war im selben Jahr auch Henderson eingetreten³⁵. Zur Sicherung des Friedens setzte er auf ein internationales Sicherheitssystem unter der Garantie des Völkerbundes. Auf den Ausbau des Völkerbundes, die Abrüstungsfrage und ein internationales Sicherheitssystem wollte sich Henderson als Minister vor allem konzentrieren. Die außenpolitische Konzeption der Koalitionsregierung aus Sozialisten und Liberalen bedeutete trotz ihrer idealistischen Ziele keinen Bruch mit den konservativen Vorgängern. So versuchte Henderson 1931 in seiner Burge Memorial Lecture³⁶ die alten Begriffe „Balance of Power“ und „Concert of Europe“ umzu-
deuten; für ihn drückte sich in diesen Formulierungen das Streben nach einem europäischen Gleichgewicht ohne Hegemonie und nach internationaler Kooperation aus, vergleichbar den Zielen des Völkerbundes, die auf die Bewahrung des Friedens, der Gerechtigkeit und Freiheit gerichtet seien.

Einen Monat nach Brünnings Regierungsantritt legte Vansittart am 1. Mai 1930 ein Memorandum vor, das er nach einer längeren Diskussion mit den Botschaftern und Beamten des Foreign Office mit Hilfe des Leiters der Deutschlandabteilung, Orme Sargent, verfaßt hatte³⁷. Die in dieser Studie formulierte Analyse der europäischen Situation sollte der Bewußtseinsklärung des Kabinetts und des Foreign Office für die Gefahren einer nach der Haager Konferenz zu optimistischen britischen Außenpolitik dienen. Seit der zu Beginn des Jahres erreichten Regelung der Reparationsfrage

Study in International Politics, London 1928. Ders., British Foreign Policy 1929–1931, in: The Political Quarterly 2 (1931), S. 485–505. J. Jacobson, Locarno Diplomacy. Germany and the West 1925–1929, Princeton 1972, S. 281f. J. F. Naylor, Labour's International Policy. The Labour Party in the 1930's, Boston 1969, S. 8ff.

³⁴ J. R. MacDonald, The Foreign Policy of the Labour Party, London 1923, S. 19ff. Zur außenpolitischen Konzeption der Labour Party nach 1918 vergl. Bishop, Administration, S. 176ff. Gilbert, Roots, S. 43ff. M. B. Gordon, Conflict and Consensus in Labour's Foreign Policy 1914–1965, Stanford/Cal. 1969, S. 13ff. Miller, Socialism, S. 86ff. Naylor, Labour, S. 4ff. A. J. P. Taylor, The Trouble Makers. Dissent over Foreign Policy 1792–1939, London 1957, S. 174f. Watt, Personalities, S. 118.

³⁵ A. Henderson, Labour and Foreign Affairs, London 1923.

³⁶ A. Henderson, Consolidating World Peace, Burge Memorial Lecture 1931.

³⁷ C 3358/3358/62, 1. S. 1930.

durch den Young-Plan und die Rheinlandräumung hatte sich vor allem bei Henderson die Hoffnung auf Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit, auf Wiederverständigung, Frieden und Abrüstung verstärkt. Vansittart nahm zwar die Tendenz eines wachsenden Friedenswillens in Europa zur Kenntnis, machte aber mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß gleichzeitig und oft unbemerkt daneben der militaristische Nationalismus der Vorkriegszeit fortbestehe, dem er den Namen „Old Adam“ verlieh. Der wichtigste Teil des Memorandums befaßt sich mit der deutschen Frage: Nach Auffassung des Staatssekretärs hatten die verschiedenen deutschen Regierungen seit 1919 die Absicht verfolgt, die Gleichberechtigung inmitten der europäischen Mächte wiederzuerlangen und zugleich von dieser neu geschaffenen Vertrauensbasis aus weitere Modifikationen des Versailler Vertrags zu erreichen. Vansittart unterstrich, daß die deutschen Bemühungen, den Friedensvertrag zu liquidieren, keineswegs beendet seien; folgende Ziele beständen weiterhin: 1. Wiederherstellung der Weltgeltung Deutschlands durch Rückgabe der Kolonien; 2. Anschluß Österreichs; 3. Aufrüstung, mindestens militärischer Gleichstand mit Polen; 4. drastische Modifikationen der deutsch-polnischen Grenze. Die beiden letzten Punkte hielt Vansittart für die dringlichsten, gab aber zu bedenken, daß man über die außenpolitischen Absichten der Regierung Brüning noch zu wenig wisse. Ihm schien allenfalls sicher, daß nach der Bereinigung der westlichen Revisionsfragen Deutschland an einem Scheidepunkt angelangt sei: Entweder beschreite Brüning weiterhin den Weg von „arbitration and reconciliation“ im Sinne Stresemanns oder er kehre zu den Vorkriegsmethoden der Aggression zurück. Für entscheidend hielt er den Ausgang der Abrüstungskonferenz und welche politische Gruppierung die deutsche Außenpolitik bestimmen werde.

Während also das Gesamtziel der deutschen Außenpolitik, nämlich der weitere Kampf gegen den Versailler Vertrag, scheinbar umschrieben werden konnte, rätselten die Briten lange Zeit über die Prioritäten der neuen Regierung³⁸, zumal in dem sehr bald beginnenden Wahlkampf immer neue Revisionsforderungen erhoben wurden. Einen Fingerzeig für die weitere Entwicklung schien dann die Rede von Reichsminister Gottfried Treviranus Anfang August zu geben, in der er die Änderung der Polengrenze forderte³⁹. Sargent befürchtete von derartigen Reden einen zunehmenden Druck auf die Regierung; Vansittart allerdings warnte davor, die während der Wahlkampfzeit erhobenen Forderungen überzubewerten, zumal Brüning selber diese Frage kaum berührte. Entgegen allen Voraussagen wurde jedoch statt der Territorialprobleme im Osten oder der Abrüstungsfrage der wirtschaftliche Komplex samt den Reparations- und interalliierten Schuldenabkommen zum Hauptthema der Regierungszeit Brünings. Noch als Fraktionsvorsitzender der Zentrumsparterie im Reichstag hatte er nur unter Vorbehalten zur Annahme des Young-Plans geraten, da ihm die künftigen finanziellen Belastungen Deutschlands unrealistisch erschienen. In seinen Reichstagsreden vom 11. Februar und 21. März 1930 hatte Brüning den Kurs der

³⁸ Documents on British Foreign Policy 1919, Second Series, vol. I-III, 1929-1932, London 1946 ff. (künftig zit.: DBFP), Nr. 307. – C 5239/140/18, 28. 6. 1930, Minute Sargent.

³⁹ C 6459/680/18 Rumbold, 13. 8. 1930. C 6393/230/18 Campbell/Paris, 13. 8. 1930, Minute Sargent. DBFP, II.1, Nr. 311 ff.

ersten Phase seiner Regierungszeit angedeutet: Unter außenpolitischen Gesichtspunkten eine drastische Sanierung der Reichsfinanzen, um Deutschland von den Reparationen zu befreien⁴⁰.

Auch die britische Botschaft in Berlin verfolgte die Finanz- und Wirtschaftsentwicklung des Reichs mit Sorge. Der Wirtschaftsexperte Rowe-Dutton kritisierte wiederholt die gefährliche Situation der Reichs- und Gemeindehaushalte, die eine zu hohe Verschuldungsrate aufwiesen und zudem mit kurzfristigen ausländischen Krediten finanziert wurden⁴¹. Er forderte daher wie der Generalagent für Reparationszahlungen, Parker Gilbert, die längst überfällige Reform der Reichsfinanzstruktur durchzuführen, und warf der deutschen Regierung vor, seit 1925 über ihre Verhältnisse zu leben⁴². Pessimistisch über die deutsche Lage äußerten sich im Sommer 1930 auch Lord Arthur Balfour und der britische Repräsentant der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel, Francis Rodd, in einem Gespräch mit Leith-Ross⁴³. Rodd hielt aufgrund seiner Informationen die Lage für so ernst, daß er für Ende 1930 einen Rechtsputsch nicht ausschloß; als erstes Anzeichen dafür galt ihm die wachsende deutsche Kapitalflucht in die Schweiz. Rodd war davon überzeugt, daß Deutschland die Auflagen des Young-Plans nicht erfüllen und einen Aufschub der Zahlungen oder deren Einstellung anstreben werde. Leith-Ross hielt die Ausführungen Rodds für Kassandrarufer, doch schienen sie dem Foreign Office ernst genug, um Rumbold und Counsellor Campbell in Paris um Stellungnahmen zu bitten. Beide Diplomaten äußerten sich sehr vorsichtig⁴⁴, schlossen aber einen Putsch aus. Rowe-Dutton hielt die Situation für instabil, rechnete jedoch nicht mit einem Boykott des Young-Plans; er erwartete eher, daß Deutschland nach dem Ende der Rezession schnell zur führenden Exportmacht aufsteigen werde. Dennoch wies ihn Leith-Ross vorsichtshalber an – möglicherweise in Erinnerung an eine Rede Brünings vor der Außenpolitischen Gesellschaft⁴⁵, in der er die Reformen des Reichshaushalts, der Arbeitslosenversicherung und der Agrarpolitik als Vorbedingungen für eine Revision des Young-Plans bezeichnet und von einer „organischen Weiterentwicklung“ der

⁴⁰ Brüning, *Memoiren*, S. 152ff. Helbig, *Reparationen*, S. 30. Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 491. W. Verneke (Hrsg.), *Heinrich Brüning. Ein deutscher Staatsmann im Urteil der Zeit. Reden und Aufsätze*, Münster 1961, S. 42, 76. Th. Vogelsang, *Reichswehr, Staat und NSDAP 1930–1932*, Stuttgart 1962, S. 71f.

⁴¹ DBFP, II.1, Nr. 341. A. Toynbee (Hrsg.), *Survey of International Affairs* (künftig zit.: SIA) 1930, Oxford 1931, S. 532ff. Ders., *Survey of International Affairs* 1931, Oxford 1932, S. 227ff. C 934/52/18 Rumbold, 27. 1. 1930. C 1543/52/18 Rumbold, 19. 2. 1930. Nach Wendt, *Economic Appeasement*, S. 69f., betrug die deutsche Verschuldung gegenüber Großbritannien 3,594 Mrd. RM (= langfristige Anleihen 1,541 Mrd. RM, Akzeptkredite 886 Mill. RM, kurzfristige Kredite 1,167 Mrd. RM).

⁴² Helbig, *Reparationen*, S. 33.

⁴³ C 4615/140/18 Balfour an MacDonald, 9. 6. 1930. C 6341/140/18 Leith-Ross an Sargent, 11. 8. 1930. C 8341/52/18 Peake/Bern, 8. 11. 1930: Bericht über deutsche Kapitalflucht in die Schweiz aus Angst vor Hitler und Brünings Finanzmaßnahmen.

⁴⁴ C 6631/140/18 Rumbold, 22. 8. 1930. C 6596/140/18 Campbell, 22. 8. 1930. C 7018/2126/18 Rumbold mit Memorandum von Rowe-Dutton, 12. 9. 1930. DBFP, II.1, Nr. 320.

⁴⁵ C 4161/140/18 Rumbold, 24. 5. 1930.

bisherigen Außenpolitik gesprochen hatte –, der deutschen Regierung klarzumachen, daß an eine Wiederaufnahme der Reparationsfrage nicht zu denken sei und die britische Regierung hierin keinesfalls Entgegenkommen zeigen werde. Für den Notfall verwies er auf Art. VIII des Haager Abkommens, wo ein Moratorium bis zu zwei Jahren vorgesehen war, das allerdings keine finanziellen Erleichterungen schaffte⁴⁶.

Die Reichstagswahlen vom 14. September 1930 brachten dann eine einschneidende Änderung der Situation: Die Erfolge der Nationalsozialisten, die deutliche Schwächung der Regierung und Gerüchte von einem bevorstehenden Putsch führten zu einem starken Abzug ausländischen Kapitals und damit zu einer Finanzkrise des Reichs⁴⁷. Die Reichsbank sah sich daher veranlaßt, mit einer amerikanischen Bankengruppe unter Führung des Bankhauses Lee, Higginson & Co. um einen 125 Mill. Dollar hohen und auf zwei Jahre befristeten Kredit in Verhandlungen einzutreten, um der Panik auf dem Geldmarkt begegnen zu können. Rumbold, der von diesen Verhandlungen Kenntnis erhielt⁴⁸, teilte seiner Regierung zusätzlich mit, daß die Gewährung des Kredits an mehrere Bedingungen geknüpft werden sollte, vor allem an die Beibehaltung des Young-Plans und an Ausgabenbeschränkungen bei der Aufstellung des Reichshaushalts. Der Gouverneur der Bank of England, Montagu Norman, bestätigte Leith-Ross erst auf Anfrage die Richtigkeit der Meldung⁴⁹. Das Foreign Office reagierte verärgert auf Normans Geheimhaltung, zumal eine britische Beteiligung von 10% am Kredit ins Auge gefaßt worden war.

Trotz der in Deutschland wachsenden Forderung nach einer Revision des Young-Plans, für die sich Brüning in einer Reichstagsrede am 16. Oktober offen aussprach, trotz verschiedener Zeitungsartikel über einen bald bevorstehenden deutschen Schritt in diese Richtung hielten die Beamten des Foreign Office die Diskussion für „künstlich“ und im Hinblick auf eine Erholung der Wirtschaft für wenig realistisch⁵⁰. Busk befürwortete vielmehr eine Unterstützung Brünings, da dessen Finanzprogramm die Situation in Deutschland verbessern und infolgedessen die Diskussion über den Young-Plan einschläfern werde. Mit Sargent und Rumbold vermutet er, daß die

⁴⁶ C 7125/140/18 Leith-Ross an Rowe-Dutton, 18. 9. 1930. Bennett, Germany, S. 8. Das Moratorium nach Art. VIII bedeutete keine Erleichterung für Deutschland, da es vermehrte Zahlungen nach Ablauf der beiden Jahre vorsah.

⁴⁷ Zur Wahl vergl. DBFP, II.1, Nr. 324. Zur Information im Foreign Office diente u. a. M. S. Wertheimer, The Significance of the German Elections, Foreign Association Information Service VI.13, Sept. 1930 (= C 7054/140/18). Vergl. auch Bennett, Germany, S. 5. H. G. Bickert, Die Vermittlerrolle Großbritanniens während der Reparationskonferenz von Lausanne 1932, in: Aus Politik u. Zeitgesch., Beilage zu „Das Parlament“ 45 (1973). H. Graml, Europa zwischen den Kriegen, München 1969, S. 242f. Helbig, Reparationen, S. 17, 60, 64. Link, Stabilisierungspolitik, S. 491f. H. Köhler, Das Verhältnis von Reichsregierung und Großbanken 1931, in: Mommsen, Industrielles System, S. 868–77. Miller, Socialism, S. 234. SIA 1930, S. 536ff.

⁴⁸ C 7373/52/18 Rumbold, 29. 9. 1930 (Dechiffriert).

⁴⁹ C 7444/52/18 Leith-Ross an O'Malley, 2. 10. 1930. Zu Norman vergl. A. P. Boyle, Montagu Norman. A Biography, London 1967.

⁵⁰ C 7653/140/18 Rumbold, 10. 10. 1930. C 7771/140/18 Rumbold, 16. 10. 1930. C 8000/4/18 Rumbold, 24. 10. 1930. Artikel in der „Times“ vom 14. und 15. Oktober, im „L'Etoile Belge“ vom 24. Oktober.

während des Wahlkampfes hochgespielte deutsch-polnische Grenzziehung oder die Aufrüstung die nächsten deutschen Revisionsziele bildeten.

Erst eine Unterredung Rumbolds mit Außenminister Curtius Ende Oktober alarmierte die Briten⁵¹, da dieser deutlich zu erkennen gab, daß seine Regierung die Ergebnisse der Haager Konferenz keineswegs als „a final and definitive settlement of the reparations question“, sondern nur als Zwischenlösung ansah. Vansittart und Sargent hielten es mit Zustimmung Hendersons für nötig, daß Rumbold die Deutschen unmißverständlich vor einer derartigen Politik warnte. Zu diesem Zweck kam es in den folgenden drei Wochen zu einem intensiven Meinungsaustausch zwischen Leith-Ross, der über die Entwicklung sehr beunruhigt war, und Rowe-Dutton über die Frage, ob die Reichsregierung durch ihre restriktive Konjunkturpolitik ein Moratorium „deliberately“ anstrebe⁵². Der Wirtschaftsexperte der Berliner Botschaft vertrat die Ansicht, daß, finanziell und wirtschaftlich gesehen, Deutschland ein Moratorium nicht benötigte. Er sah jedoch die Gefahr, daß die Regierung Brüning dem Druck irrationaler Kräfte nachgab, zumal sich bei einer Besserung der Wirtschaftslage, die sich nach seiner Einschätzung bereits abzeichnete, eine Revision oder ein Moratorium der Reparationszahlungen kaum mehr verwirklichen ließ. Rowe-Dutton hielt Brüning für äußerst entschlossen, sein Reformprogramm unter allen Umständen zu verwirklichen, auch auf die Gefahr eines Moratoriums hin. Als Erklärung für Curtius' Auslassung gegenüber Rumbold setzte er hinzu, daß in Deutschland die Meinung weit verbreitet sei, Großbritannien stehe der Idee einer Revision der Reparationsregelung und des Versailler Vertrags am wenigsten ablehnend gegenüber.

Nach Gesprächen mit Montagu Norman, der im Interesse der in Deutschland angelegten britischen Gelder für eine konziliante Haltung gegenüber Brüning eintrat, sowie mit den Botschaftern Frankreichs, Belgiens und Italiens trafen sich am 24. November bei Vansittart die Wirtschafts- und Deutschlandexperten Leith-Ross, Waley, Rowe-Dutton und Sargent, um über die endgültige Fassung der Instruktion an Rumbold zu beraten. Der Entwurf des Schatzamtes erfuhr kaum Veränderungen, und Henderson konnte am 2. Dezember das Schreiben im Namen der ganzen Regierung absenden⁵³. Das Dokument enthielt die deutliche Warnung an Deutschland, ein Moratorium oder eine Revision der Haager Reparationsbeschlüsse zu fordern und sich dabei auf britisches Verständnis zu verlassen. Die englische Regierung befürchtete nämlich von einem derartigen Schritt zum gegenwärtigen Zeitpunkt katastrophale Auswirkungen auf die eigenen Interessen, da damit ohne ausreichende Vorbereitung die Frage der interalliierten Kriegsschulden aufgeworfen wurde. Angesichts der negativen Haltung der Franzosen, Italiener und vor allem der Amerikaner lehnten es die Briten ab, sich dieses Problem von außen aufzwingen zu lassen, obwohl sie grundsätzlich an einer weitergehenden Regelung interessiert waren. Der britische Botschafter in

⁵¹ DBFP, II.1, Nr. 333, Minutes von Sargent, Vansittart, Henderson.

⁵² C 8245/4/18 Leith-Ross an Sargent, 6. 11. 1930, mit Kopien des Briefwechsels. C 8433/4/18 Newton an Sargent, 14. 11. 1930.

⁵³ C 8691/4/18, 24. 11. 1930. C 8713/4/18, 24. 11. 1930, Protokoll von Sargent. DBFP, II.1, Nr. 338.

Washington, Ronald Lindsay, bestätigte Vansittart, daß die USA den Komplex der Kriegsschulden nicht antasten wollten, „until something drastic has happened which compels discussion“⁵⁴.

In einer parlamentarischen Anfrage bat Nicholas Grattan-Doyle um Auskunft über die englische Reaktion auf die deutsche Revisionsforderung⁵⁵. Dalton beantwortete die Frage, der Vorlage von Busk und Vansittart folgend, dahingehend, daß Deutschland keinen offiziellen Antrag gestellt habe und Rumbold daher nur informell mit Brüning und Curtius sprechen sollte. Es handelte sich also nicht um eine britische „Démarche“, von der man mit Rücksicht auf Brünings gefährdete Stellung abgesehen hatte. Rumbold gewann in seinen Gesprächen den Eindruck, daß die deutsche Seite den Sinn des britischen Schrittes völlig verstanden hatte; Brüning jedenfalls stellte ein direktes Revisionsbegehren zurück und verfolgte nun die Idee einer von Hoover einzuberufenden Weltwirtschaftskonferenz, die dem gleichen Ziel dienen sollte⁵⁶.

Brünings erste Regierungsmonate im Urteil des Foreign Office

Zu Beginn des neuen Jahres gab der britische Botschafter in Berlin in mehreren Berichten eine Übersicht über die deutsche Situation, der das Central Department und Vansittart großes Gewicht beimaßen⁵⁷. Die von Rumbold beobachtete wachsende deutsche Forderung nach einer „political revision“, die vor allem die Grenze mit Polen und die Abrüstung betraf, erklärte Sargent mit der entschiedenen britischen Zurückweisung der „economic revision“. Er war sich mit Vansittart darüber einig, daß Brüning eine gewisse moralische Hilfe gegeben werden sollte; dabei wurden Kontakte zu Frankreich wegen der Polenfrage und ein öffentliches Eingehen auf deutsche Argumente in der Abrüstungsfrage erwogen. Für Brünings Wunsch, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, sahen beide jedoch kaum Chancen, da sie von Frankreich und den USA abgelehnt wurde und Großbritannien ohne Gefährdung seiner Beziehungen zu beiden Ländern nicht aktiv werden konnte. Auch Leith-Ross sah außer dem Eingehen Brünings auf das französische Angebot langfristiger Kredite keine Möglichkeit, die deutsche Wirtschaft zu stützen.

Wie sein Botschafter malte auch Rowe-Dutton Ende Januar 1931 ein düsteres Bild der deutschen Finanz- und Wirtschaftssituation⁵⁸. Als wichtigste Maßnahme forderte er erneut eine umfassende Reform des Finanzsystems, die den Reichshaushalt auf eine sichere Grundlage stellen sollte. Auch Dalton wies darauf hin, daß das deutsche

⁵⁴ C 9122/94/62 Lindsay, 28. 11. 1930.

⁵⁵ C 9058/4/18, Entwurf von Busk, 3. 12. 1930.

⁵⁶ DBFP, II.1, Nr. 340, Minute Sargent.

⁵⁷ DBFP, II.1, Nr. 344, 346, Minutes Sargent, Vansittart, Wellesley. C 717/11/18 Rumbold, 30. 1. 1931. Cab. 23/66 Meeting, 4. 2. 1931. C 945/11/18 Leith-Ross an Sargent, 11. 2. 1931.

⁵⁸ C 565/9/18 Rumbold, 22. 1. 1931, mit Memorandum, Minute Dalton. C 739/9/18 Rumbold, 30. 1. 1931, Minute Dalton.

Steuersystem für die Reichsfinanzen nicht voll nutzbar gemacht wurde. Er kritisierte die Absicht Brünings, die Arbeitslosenunterstützung den Gemeinden aufzubürden, weil damit die industrielle Erholung gerade dort erschwert würde, wo die Depression am nachhaltigsten wirkte. Nachdrücklich forderte er, wie Rowe-Dutton, eine Kürzung der Militärausgaben. Angesichts der in allen kapitalistischen Ländern fallenden Preise und wachsenden Arbeitslosigkeit sowie der 1930 erstmals positiven Handelsbilanz erschien Dalton die deutsche Situation nicht als außergewöhnlich kritisch und von der britischen verschieden.

Zweifellos waren die Optionen einer aktiven englischen Deutschlandpolitik Anfang 1931 beschränkt. Vansittart und Sargent waren sich jedoch einig, daß Brüning einen schnellen Erfolg brauchte, um die kommenden Monate überstehen zu können. Auf ihren Rat hin bat Henderson daher Rumbold um Unterrichtung über die Stabilität und die politischen Absichten der Regierung Brüning sowie um Vorschläge zu einer wirksamen Unterstützung⁵⁹. Mit aller Vorsicht nahm der Botschafter an, daß sich der Kanzler bis über den Sommer halten können. Wegen der angespannten Wirtschaftslage müsse damit gerechnet werden, daß Brüning auch weiterhin auf die Behandlung der Reparationsfrage in irgendeiner Form dringen werde. Mit seinen amerikanischen und dänischen Kollegen war sich Rumbold einig, daß vor allem Großbritannien den Kanzler unterstützen sollte. Sehr wahrscheinlich auf Empfehlung von Brünings Bekanntem Major Church schlug Rumbold seinem Außenminister vor, Brüning und Curtius nach Chequers unter dem Vorwand eines Gesprächs über Abrüstungsfragen einzuladen⁶⁰. Dieser Anregung schloß sich Vansittart sofort an; er riet Henderson, die beiden deutschen Staatsmänner nach vorheriger Konsultation mit Briand für den 1. Mai nach London zu bitten⁶¹.

Man darf diese Einladung als Ergebnis einer positiven Meinungsbildung im Foreign Office über die Person und die politische Stellung Brünings betrachten. Der deutsche Regierungswchsel Ende März 1930 war der Tradition entsprechend kommentarlos, aber mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Zunächst gab man dem Kanzler, den Rumbold als taktvoll, energisch und organisatorisch begabt schilderte und dessen Sachkompetenz in Finanzfragen er hervorhob⁶², keine großen Überlebenschancen. Nicht ganz klar war sich das Foreign Office über die Bedeutung des Artikels 48 der Weimarer Verfassung, dessen Wortlaut Nichols für sehr ambivalent hielt; er hoffte daher, daß die darin umschriebenen diktatorischen Vollmachten nach dem Vorbild Eberts und Stresemanns im Jahr 1923 ausgelegt würden⁶³. Kritisch beurteilt wurden die Auflösung des Reichstags so kurz nach der umstrittenen Verabschiedung des Young-Plans und die Wahlkampagne mit den ständig wachsenden Revisionsforderungen. Trotz des für die Regierung katastrophalen Wahlergebnisses und der sich daraus

⁵⁹ DBFP, II.1, Nr. 350, 353, Minutes Nichols, Sargent, Vansittart. Ebenda, Nr. 354.

⁶⁰ Gegen eine eigene Initiative Rumbolds Brüning, Memoiren, S. 229f. Vergl. Carlton, MacDonald, S. 70. Gilbert, Roots, S. 129. Ders., Rumbold, S. 341ff.

⁶¹ C 2018/2018/18 Aufzeichnung Vansittarts, 25. 3. 1931.

⁶² C 2693/140/18 Rumbold, 3. 4. 1930.

⁶³ C 2699/140/18, Minute Carr. C 6000/140/18 Newton, 24./25. 7. 1930.

ergebenden Schwierigkeiten waren die Beamten des Foreign Office bald von der Tatkraft, mit der die Wirtschafts- und Finanzfragen angefaßt wurden, beeindruckt, zumal Brünings konservative Wirtschaftskonzeption der eigenen weitgehend entsprach. Ende Oktober 1930 meinten Vansittart und Sargent: „Brüning is evidently the horse for us to back.“⁶⁴ Seither nahmen die positiven Kommentare zu, wobei die Reden des Kanzlers auf einer Sympathiereise durch das Reich besonderen Beifall fanden. Sargent sah darin den Versuch Brünings, durch Offenlegung der politischen Realitäten der Panikmache durch die Nationalsozialisten zu begegnen. Von der erkennbar werdenden Stärkung der Autorität des Kanzlers versprach er sich positive Auswirkungen auf die unsichere Wirtschaftslage, deren Ursache seiner Ansicht nach nicht ökonomischer, sondern psychologischer Natur war; freilich übersah auch er nicht, daß das Regieren mit Hilfe von Artikel 48 und in Abhängigkeit vom Reichspräsidenten einen Schlag gegen das parlamentarische System darstellte, konnte jedoch keine Alternativen dazu erkennen. Nach Brüning erwartete man nämlich die Machtübernahme durch „irresponsible groups“, weshalb das Foreign Office die Stützung des Kanzlers, den Sargent einen „sincere, determined, and honest statesman“ nannte, als europäische Aufgabe auffaßte⁶⁵.

Mit Sorge betrachtete man daher die wachsende Stärke der Nationalsozialisten. Das Foreign Office war über diese Bewegung und ihre politischen Ziele durch Berichte und Analysen der Berliner Botschaft, durch – leider aus den Akten verschwundene – Geheimdienstberichte und vielfältige inoffizielle Informationen so detailliert unterrichtet, daß man sich über ihre Gefährlichkeit für den Frieden und die Sicherheit Europas zumindest seit den Septemberwahlen 1930 keine Illusionen machte. In seiner Denkschrift vom Mai 1930 hatte Vansittart den Aufschwung der Nationalsozialisten zwar als bemerkenswert hingestellt, aber noch davor gewarnt, ihn überzubewerten. Die Partei „under the leadership of the half-mad or ridiculously dangerous demagogue Hitler“ predige in einer Kombination aus militantem Sozialismus und militantem Nationalismus kompromißlose Feindschaft gegen den Versailler Vertrag und die Erfüllungspolitik. Er sah darin das Wiedererwachen des „Old Adam“, jenes militaristisch-nationalistischen Geistes, der zum Weltkrieg geführt hatte. Erst die Wahlerfolge der Nationalisten im Sommer und Herbst 1930 setzten im Foreign Office eine intensive Diskussion über das Parteiprogramm, die soziale Zusammensetzung und die Gründe für das rasche Anwachsen der Mitgliedschaft, über mögliche sowjetische Finanzhilfen und die Haltung der deutschen Katholiken in Gang⁶⁶. Man befürchtete zu Recht die Ausbreitung nationalsozialistischer Vorstellungen auf andere Parteien und ihre Auswirkungen auf die Außenpolitik, zumal Brüning in zunehmendem Maß mit dem Hinweis auf den Druck der Rechtsparteien und seine Gefährdung durch

⁶⁴ DBFP, II.1, Nr. 329, Minutes Sargent, Vansittart.

⁶⁵ C 7653/140/18 Rumbold, 14. 10. 1930, Minute Sargent, Vansittart. C 398/173/18 Rumbold, 14. 1. 1931, Minute Sargent. C 396/396/18 Rumbolds Jahresbericht für 1930, 15. 1. 1931. C 669/11/18 Rumbold, 27. 1. 1931, Minutes Sargent, Wellesley.

⁶⁶ DBFP II.1, Nr. 324, 334. C 7156/140/18 Rumbold, 18. 9. 1930, Minute Nichols. C 7577/140/18 Minute Sargent, 7. 10. 1930. C 7824/140/18 Rumbold, 17. 10. 1930.

Hitler argumentierte. Vansittarts Memorandum „An Aspect of International Relations“ vom Mai 1931 faßte diese Diskussion zusammen⁶⁷: Für den Aufstieg der Nationalsozialisten waren seiner Ansicht nach die wirtschaftliche Depression, die Jugendbewegung, die Erziehungsmethoden, Sensationslust und die Ablehnung der Republik schuld. Er rechnete damit, daß die folgenden Monate für die Entwicklung der Bewegung ausschlaggebend sein würden. „The movement represents an accentuation and acceleration of the movement towards freedom and equality. The aspiration to these nouns, which plainer people call a grievance, has come to stay, and is an element which every German – and perhaps every other – Government must take into account. It is bound, indeed has already begun, to exercise an unhealthy and contagious influence on the conduct of Germany's foreign policy.“ Ergänzend meinte Sargent⁶⁸, daß die NSDAP als überwiegende Mittelklassenpartei keine vorübergehende Erscheinung sei, sondern eine „real renaissance“ des irrationalen und aggressiven deutschen Nationalismus der Vorkriegszeit darstelle.

Deutsch-österreichische Zollunion. Abrüstungsfragen

Zum Zeitpunkt der Einladung Brünnings nach Chequers wußte die britische Regierung noch nicht, daß die Außenminister Curtius und Schober in Wien die Errichtung einer deutsch-österreichischen Zollunion⁶⁹ vereinbart hatten, die Vansittart in seinem Mai-memorandum zwar zu den Revisionszielen gerechnet, aber nicht recht ernst genommen hatte. Am 20. März 1931 unterrichtete der französische Botschafter in London, Aimé de Fleuriau, Henderson über derartige Pläne in der Absicht, eine von Frankreich, Großbritannien, Italien und der Tschechoslowakei getragene Démarche in Berlin und Wien zu organisieren. Am folgenden Tag wurde Vansittart vom   sterreichischen Gesandten offiziell über den Abschluß der Zollunion informiert⁷⁰. Obwohl die britische Regierung überrascht gewesen sein muß, reagierte sie gelassen: In der Kabinettsitzung vom 25. März, an der Henderson wegen seines Besuchs in Paris nicht teilnehmen konnte, bat MacDonald das Foreign Office um die Formulierung einer

⁶⁷ C 3217/321/62 Memorandum Vansittarts, Mai 1931.

⁶⁸ C 695/11/18 Rennie Smith, 31. 1. 1931, Minutes Sargent, Carr.

⁶⁹ Vergl. Bennett, Germany, S. 40 ff. Carlton, MacDonald, S. 185 ff. J. Curtius, Sechs Jahre Minister der Deutschen Republik, Heidelberg 1948. D. Doering, Deutsch-  sterreichische Au  enhandelsverflechtungen während der Weltwirtschaftskrise, in: Mommsen, Industrielles System, S. 514–29. O. Hauser, Der Plan einer deutsch-  sterreichischen Zollunion von 1931 und die europäische Föderation, in: HZ 179 (1955) S. 45–92. N. v. Preradovich, Die Wilhelmstraße und der Anschluß Österreichs 1918–1933, Frankfurt 1971, S. 233 ff. SIA 1931, S. 297 ff. F. G. Stambrook, The German-Austrian Customs Union Project of 1931. A Study of German Methods and Motives, in: Journal of Central European Affairs 21 (1961), S. 15–44. B. J. Wendt, England und der deutsche „Drang nach Südosten“. Kapitalbeziehungen und Warenverkehr in Südosteuropa zwischen den Weltkriegen, in: Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jhdts., Festgabe F. Fischer, hrsg. v. J. Geiss-B. J. Wendt, Düsseldorf 1973, S. 483 ff.

⁷⁰ DBFP, II.2, Nr. 2.

von Frankreich unabhängigen Politik⁷¹. Außerdem schlug Vansittart dem Secretary of State vor, die Botschafter Rumbold und Tyrell in Berlin und Paris über das Weiterbestehen der Einladung an Brüning zu informieren⁷²; an dieser Linie hielt er auch fest, als Fleuriau erregt den Aufschub des Besuchs nahelegte: „Germany is after all a great and self-respecting country ... We must not lose sight of Brüning altogether for the sake of Briand. We owe infinitely more to Briand, but Brüning is at the present moment almost as necessary to Europe.“ Vansittart, der die Zollunion für einen Profilierungsversuch von Curtius hielt, meinte allerdings, man sollte Terminschwierigkeiten zum Vorwand für einen Aufschub des Besuchs auf Anfang Juni nehmen, worauf er sich mit dem deutschen Botschafter schnell einigte.

Henderson war über die durch das unbesonnene deutsche Vorgehen verursachte internationale Unruhe besorgt, da sie die Aussichten, in der Abrüstungsfrage weiterzukommen, behinderte⁷³. Diese erneute Störung verärgerte ihn um so mehr, als ihm kurz zuvor die deutsche Haltung Anlaß zu Kritik gegeben hatte. Seit Regierungsbeginn hatte Henderson der Abrüstungsfrage größtes Gewicht beigemessen. Um sie voranzutreiben, war es notwendig gewesen, daß die vorbereitende Abrüstungskommission ihre seit April 1929 stehengebliebene Arbeit wiederaufnahm und den Rahmen für Methoden und Prinzipien der Waffenbeschränkung schuf; Henderson und der britische Abrüstungsexperte, Robert Cecil, erreichten dieses Ziel im November 1930, und Cecil verfaßte einen Konventionsentwurf für die weitere Diskussion. Das Hauptproblem bestand darin, die deutschen Forderungen nach Gleichberechtigung mit seinen Nachbarn, nach Neuorganisation seiner Armee und umfassender Abrüstung der anderen Staaten mit dem französischen Sicherheitsdenken in Übereinstimmung zu bringen. Über diese Fragen beabsichtigte Henderson, in Chequers mit Brüning und Curtius zu reden⁷⁴. Er hoffte dabei auf ein pragmatisches Vorgehen der Deutschen und Verständnis dafür, daß eine Abrüstung der europäischen Staaten nur graduell und mit Geduld erreichbar war. So fühlte er sich durch die deutsche Ablehnung des Konventionsentwurfs und die Forderung von Curtius⁷⁵ nach einem sofortigen Zusammentreten der Abrüstungskonferenz sowie absoluter Gleichberechtigung Deutschlands an einer erfolgreichen Vorbereitung der Konferenz, die schließlich am 2. Fe-

⁷¹ Cab. 23/66 Meeting, 25. 3. 1931.

⁷² C 2251/2018/18 Information Vansittarts an Henderson, 25. 3. 1931. C 2252/1018/18 Fleuriau an Vansittart, 5. 4. 1931. C 2253/2018/18 Telegramm Vansittarts an Rumbold, 9. 4. 1931.

⁷³ Henderson warf den Deutschen vor, die Zollunion errichtet zu haben „in a clumsy way, at an inopportune moment and without previous consultation with other Governments, so that it seriously disturbed the good atmosphere which we were trying to create for next year's Disarmament Conference“; Memorandum C. P. 115 (31).

⁷⁴ DBFP, II.1, Nr. 355, Minutes O'Malley, Smith, Vansittart, Cecil. C 2531/136/18 Memorandum Cecils „Germany and the Disarmament Conference“, 8. 4. 1931.

⁷⁵ Rede von Curtius am 20. Januar 1931 im Völkerbundsrat. Vergl. Ursachen u. Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart, Bd. VIII, Die Weimarer Republik. Das Ende des Parlamentarischen Systems, Hrsg. H. Michaelis, E. Schraepfer, G. Scheel, Berlin 1962, S. 263.

bruar 1932 zusammentrat, und in seiner Vermittlerrolle behindert. Er forderte daher im Februar 1931 über Rumbold die deutsche Regierung auf⁷⁶, „the somewhat cynical attitude of detachment which they have felt obliged to adopt during the past months“ aufzugeben. Kurz darauf kamen den Beamten des Foreign Office jedoch Bedenken, ob ein so hartes Vorgehen sinnvoll sei, zumal Rumbold eine grundsätzliche Stellungnahme zur deutschen Haltung in der Abrüstungsfrage angekündigt hatte. Das Telegramm an den Botschafter, das die Weisung Hendersons zurücknahm, traf jedoch zu spät ein. Rumbold hatte zwar das Wort „cynical“ abgemildert, doch zeigte sich Curtius verletzt. Im Gegensatz zu Sargent äußerten sich Dalton und Cecil befriedigt über die Wirkung der Ermahnung und versprachen sich davon eine größere deutsche Kooperationsbereitschaft.

Rumbolds Studie über die Haltung der deutschen Regierung zur Abrüstungsfrage fand im Foreign Office viel Aufmerksamkeit⁷⁷: Der Botschafter sah gegenwärtig nur geringes Interesse an einer Aufrüstung, da diese zu viele innere Probleme schaffen würde. Trotz des Festhaltens am Anspruch auf Gleichberechtigung bemerkte er bei der Regierung Verständnis für das französische Sicherheitsdenken; vordringlich wünsche man in Deutschland militärische Parität mit Polen. Da jedoch Polen vom sowjetischen Rüstungsstand abhängig sei, bedeute dies voraussichtlich eine beschränkte deutsche Aufrüstung. Es sei zudem zu erwarten, daß Deutschland die Aufhebung der Waffenbegrenzung und je nach der politischen und ökonomischen Lage die Einführung der Wehrpflicht oder die Ausweitung des Berufsheeres fordern werde. Cecils Vorschlag, die Militärhaushalte zu begrenzen und zu kontrollieren, lehne die Regierung Brüning ab, da sie darin eine Ausweitung des Versailler Vertrags sehe, gegen die man sich 1919 mit Erfolg gewehrt hatte. Sargent zog aus Rumbolds Schriftstück den Schluß, daß die Abrüstungskonferenz mit drei Hindernissen zu rechnen habe: dem französischen Anspruch auf Sicherheit, der deutsch-polnischen Rivalität und der polnischen Furcht vor der Sowjetunion, die nicht mit am Konferenztisch saß. Er hielt daher die politische Lösung der deutsch-polnischen Grenzprobleme für vordringlich, sollte die Konferenz nicht mit der Aufrüstung Deutschlands als einzigem Ergebnis enden.

Am 15. April befaßte sich das britische Kabinett mit dem weiteren Procedere in der Zollunionsfrage. Dazu lagen geheime Gutachten des Law Officer of the Crown, William Jowitt, und H. Fountains vom Board of Trade vor⁷⁸. Beide kamen, befaßt mit der Frage nach der Vereinbarkeit der Zollunion mit Artikel 88 des Vertrags von Saint-Germain und dem Genfer Protokoll vom 4. Oktober 1922, zu dem Ergebnis, daß infolge des deutschen Wirtschaftspotentials die wirtschaftliche und folglich auch die staatliche Souveränität Österreichs nicht gewährleistet sei; die Zollunion widerspreche damit den früher eingegangenen Verträgen.

⁷⁶ DBFP, II.1, Nr. 348. C 1193/136/18 Rumbold, 20. 2. 1931, Minute Cadogan; Telegramm an Rumbold, 27. 2. DBFP, II.1, Nr. 351, Minutes Sargent, Dalton, Cecil.

⁷⁷ DBFP, II.1, Nr. 352, Minutes Sargent, Vansittart, Cecil.

⁷⁸ Cab. 23/66 Meeting, 15. 4. 1931. Memoranden: C.P. 86 (31).

Trotz der eigenen negativen Rechtsgutachten versuchte der britische Außenminister, zwischen der deutschen und der französischen Regierung zu vermitteln, um eine Konfrontation vor dem Völkerbund zu verhindern. Auch ein Gutachten des Central Department, das die politische Seite erörterte⁷⁹, bestärkte Henderson darin, nach einer positiven Lösung zu suchen. Danach bedeutete für Deutschland die Wirtschaftsunion nur die Vorstufe zum politischen Anschluß Österreichs, womit Europa vor die Tatsache einer wirtschaftlichen Neuorientierung und einer Revision der Staatsgrenzen gestellt war. Von der politisch-wirtschaftlichen Gewichtsverschiebung fühlten sich besonders Frankreich und die Tschechoslowakei betroffen, da sie den späteren Beitritt osteuropäischer Agrarstaaten und den weiteren Ausbau deutscher Vorherrschaft in Mittel- und Osteuropa befürchteten. Aber auch im britischen Kabinett wurde darauf hingewiesen, daß die Zollunion für Großbritannien eine Verschlechterung der Handelsposition in Deutschland bedeutete: „We should be prejudiced by the effect of the proposals both in the matter of most-favoured-nation treatment and on our trade in foreign markets.“ Ohne Zweifel hatte der deutsch-österreichische Vorstoß bei den Nachbarn Mißtrauen gesät, weshalb diese Frage nach Ansicht des Foreign Office vom Tisch mußte, aber nicht durch ein Veto, sondern „by some gentler method“, die das Gesicht der Betroffenen wahrte und keine Bitterkeit hinterließ. Henderson versuchte daher, in Anknüpfung an Briands Europaplan, die Idee einer europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die er nicht näher spezifizierte, in die Debatte zu werfen. Zwar hatte Großbritannien im Juli 1930 Briands Vorschläge zur Errichtung einer europäischen Föderation in der vorgetragenen Form abgelehnt, aber Interesse an einer engeren wirtschaftlichen Kooperation unterstrichen⁸⁰. Henderson hatte dazu angeregt, innerhalb des Völkerbundes Organisationsformen zu finden.

Am 15. Mai beschloß der Rat des Völkerbundes auf Initiative Hendersons, die Rechtmäßigkeit der Zollunion durch den Haager Gerichtshof entscheiden und jede weitere Aktivität Deutschlands und Österreichs bis dahin ruhen zu lassen⁸¹. Da aber eine juristische Lösung noch nicht die politischen und wirtschaftlichen Probleme bereinigte, die sich durch den Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt verschärft hatten, schlug der britische Secretary of State die Ausarbeitung eines Alternativprogramms in drei Komitees für Agrar-, Finanz- und Wirtschaftsfragen vor. Hinsichtlich des Prozesses vor dem Haager Gerichtshof entschloß sich die britische Regierung⁸² zu einer eigenen, von Frankreich unabhängigen Haltung, die Hendersons Option als Vermittler nicht gefährdete und dem Gerichtshof die Möglichkeit gab, zwischen zwei gleichwertigen Standpunkten zu entscheiden. Am 5. September 1931 lehnte der Haager Hof mit 8:7 Stimmen die Zollunion ab, was Brünings innenpolitische Stellung erschütterte und Curtius das Ministeramt kostete.

⁷⁹ Cab. 23/66 Meeting, 6. 5. 1931, mit Memorandum C. P. 115 (31).

⁸⁰ DBFP, II.1, Nr. 193. Carlton, MacDonald, S. 83 ff. Hauser, Zollunion, S. 46. SIA 1930, S. 131 ff. DBFP, II.1, Nr. 185–97.

⁸¹ Cab. 23/67 Meeting, 3. 6. 1931, mit Memorandum C. P. 140 (31).

⁸² Cab. 23/67 Meeting, 10. 6. 1931, mit Memorandum C. P. 147 (31).

Denkschrift Vansittarts vom Mai 1931

Bevor Brüning und Curtius zu ihrem Besuch vom 7. bis 9. Juni in England eintrafen – Henderson hatte Briand noch einmal versichert, daß keine konkreten Abmachungen getroffen werden sollten⁸³ –, revidierten Vansittart und Sargent mit Hilfe der Botschafter in Paris, Rom und Berlin das Memorandum vom Mai 1930. Die neue Denkschrift mit dem Titel „An Aspect of International Relations“⁸⁴, die dem König, dem Kabinett und den Mitarbeitern des Foreign Office überreicht wurde, befaßte sich erneut mit dem Fortbestehen des Nationalismus, mit der Wirtschaftslage und der internationalen Zusammenarbeit. Die weltweite Rezession war nach Ansicht der Verfasser schuld an dem Wiedererwachen von Angst und Kriegsgerede sowie an der Untergrabung aller positiven Tendenzen seit dem Weltkrieg; die Regierungen reagierten damit, im Aufbau von Zollschranken, in industrieller Isolierung, in der Verweigerung von Reparationen, in der Ablehnung internationaler Zusammenarbeit, in Allianzböcken, in militärischer Aufrüstung und im Schrei nach einer Revision des Versailler Vertrags Auswege zu suchen. Den deutschen Hitlerismus und den italienischen Faschismus hielt Vansittart für die offensten Symptome der allgemeinen Wirtschaftskrankheit. Er nannte für das Wachstum von „Old Adam“ zwei Gründe: eine verantwortungslose europäische Presse und die Friedensverträge, denen es an Mäßigung wie beim Wiener Kongreß gefehlt habe. „Now the terms of 1919 went too far, not individually, perhaps, but cumulatively.“ Die Politik, Deutschland klein zu halten, sei kurzfristig und zu kurzfristig geplant gewesen; nun laufe die Zeit ab, und die Situation gleiche der Vorkriegszeit. Vansittart warnte vor Hysterie und pessimistischer Aufgabe vor dem „Zeitgeist“; „Old Adam“ müsse mit angemessenem Ernst begegnet werden.

Nach dem Scheitern der Zollunion vermutete der Staatssekretär als die wichtigsten Ziele deutscher Außenpolitik die Aufrüstung oder „undisarmament“ und die Revision der Grenze mit Polen. Zu dem Katalog unerfüllter deutscher Forderungen war seit Mai 1930 die Revision des Young-Plans oder wenigstens ein Reparationsmoratorium neu hinzugekommen. Zusammenfassend meinte Vansittart, daß Deutschland seine Ziele nicht aufgegeben habe, sondern mit ständig größerer Ungeduld an ihrer Verwirklichung arbeite.

Der dritte Komplex der Denkschrift befaßte sich mit den wirtschaftspolitischen Aspekten der europäischen Situation. Er war wahrscheinlich von Sargent konzipiert und steht ganz in der Tradition der vom Foreign Office vertretenen Grundsätze englischer Freihandelspolitik. Unter dem Hinweis auf den Effekt der Rationalisierung und die Bedeutung der Kartelle arbeitete der Verfasser zwei Wirtschaftstypen heraus: eine vom Staat kontrollierte, bewußt nationalen Ambitionen dienende Wirtschafts-

⁸³ C 3595/2018/18 Memorandum Hendersons über seine Gespräche mit Briand, 23. 5. 1931.

⁸⁴ C 321/321/62 Sargent an Botschafter in Berlin, Paris, Rom, 13. 1. 1931. C 3217/321/62 Memorandum, Mai 1931.

struktur, deren Hauptvertreter er in Deutschland und der Sowjetunion sah, und eine privatwirtschaftliche, nicht bewußt nationalpolitisch orientierte Wirtschaftsstruktur nach dem Beispiel der USA. Je mehr also Industrie und Wirtschaft staatlich gelenkt seien, desto eher dienten sie nationalistischen Zielen. Damit werde aber eine sinnvolle internationale politische Zusammenarbeit verhindert, die nur dann gewährleistet sei, wenn sich die ökonomischen Kräfte ohne Hindernisse entfalten könnten. Die augenblickliche Situation sei infolge von Subsidien, Embargos und Schutzzöllen durch die Gefahr eines wachsenden wirtschaftspolitischen Nationalismus gekennzeichnet. Dies treffe vor allem auf Deutschland zu, dessen politische Führer nach dem Versailler Vertrag nicht mehr von militärischer Glorie träumten, sondern in den Grundsätzen eines ökonomischen Imperialismus dächten und auf diese Weise die Hegemonie in Europa anstrebten; die Zollunion sei ein erster Versuch in diese Richtung gewesen. Frankreich, das von außenwirtschaftlichen Faktoren nicht so abhängig sei wie andere Nationen, betreibe in anachronistischer Weise eine rein politische Außenpolitik, die das Hauptproblem des Jahres 1931 völlig ignoriere.

In seinen Folgerungen für die britische Außenpolitik sah Vansittart eine kritische Phase voraus, wobei er von einer Wiederkehr der „old pernicious doctrine of the balance of power“ warnte. Das heiße aber angesichts der europäischen Konstellation, daß Großbritannien direkte Verantwortung übernehmen sollte; die für Februar 1932 vorgesehene Abrüstungskonferenz bedeute dafür einen ersten Test. Konkreter meinte Vansittart, daß nur eine Revision des Versailler Vertrags Europa einen dauerhaften Frieden geben könne, eine Revision „by consent“, die im Rahmen des Völkerbunds erfolgen, in Kooperation mit Frankreich durchgeführt und daher langfristig vorausgedacht werden müsse. Man dürfe nur so vorgehen, daß die Zustimmung und die Selbstinteressen der Betroffenen gewahrt blieben; wichtig sei, daß der Versailler Vertrag die Grundlage bleibe und Modifikationen nur in Einzelfragen durchgeführt würden. Wenn sich die Zustände in Deutschland allerdings wie 1930 weiter verschlechterten, werde eine derartige Revisionspolitik unmöglich.

Vansittarts Denkschrift zeigt deutlich die Möglichkeiten und Grenzen der politischen und ökonomischen Appeasement-Politik, die auf die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet war. Der Staatssekretär band den Erfolg dieser Politik an einen internationalen Konsens sowie an das Wohilverhalten und die Kompromißbereitschaft der deutschen Regierung, wobei er diejenige Brünings im Augenblick für die bestmögliche hielt: „Any change would be, at present, desastrously for the worse.“ Die Warnungen des Foreign Office setzten logischerweise ein, als Großbritannien nach der Pfundkrise Ende 1931 selber eine national orientierte Wirtschafts- und Zollpolitik begann, Brüning sich zu immer weiteren Staatseingriffen infolge seiner restriktiven Notverordnungen gezwungen sah und seine Außenpolitik unter den wachsenden Druck der Rechtsparteien geriet.

Brünings Besuch in England. Hoover-Moratorium

Der Aufenthalt der deutschen Staatsmänner in Chequers war zunächst als Freundschaftsbesuch ohne feste Tagesordnung gedacht und sollte im wesentlichen der Diskussion von Abrüstungsfragen dienen. Die wirtschafts- und finanzpolitische Entwicklung verhinderte diese Absicht: Die Berichte Rumbolds seit April 1931⁸⁵ zeigten deutlich die wachsenden innenpolitischen Probleme der Regierung Brüning, deren baldiger Sturz nicht ausgeschlossen wurde, und die kaum mehr verdeckte Absicht des Kanzlers, die Reparationsfrage in irgendeiner Form zur Sprache zu bringen. Vansittart riet im Bewußtsein der eigenen starken Position dazu, die Deutschen ruhig anzuhören, zumal er sich erhoffte, daß Montagu Norman nach seiner Rückkehr von einem Amerikabesuch die Aussichtslosigkeit eines Moratoriums- oder Revisionsbegehrens verdeutlichen werde. Auf seine Bitte hin arbeitete Leith-Ross eine Stellungnahme über die Reparationsfrage für MacDonald und Henderson aus⁸⁶. Darin wurde erneut unterstrichen, daß der Reparations- und der interalliierte Schuldenkomplex eine Einheit bildeten und von den USA abhingen, daß aber bis zu den Präsidentenwahlen keine Zugeständnisse zu erwarten seien. Leith-Ross warnte eindringlich davor, die Frage gegenwärtig anzufassen, da sie zu einer Massenflucht ausländischer Kredite aus Deutschland führen werde. Um die in den letzten Maitagen bedrohlich werdende deutsche Finanzsituation zu stärken, sprach sich Vansittart für langfristige Kredite der USA und Frankreichs aus; er war jedoch wenig überzeugt von der Bereitschaft beider Regierungen, Deutschland zu helfen, und warf ihnen mangelnde Kooperation und Blindheit vor kommenden Gefahren vor.

Die Gespräche in Chequers über die Wirtschaftskrise, die spezielle deutsche Lage und ein mögliches Moratorium wurden durch einen Paukenschlag eingeleitet: Am 6. Juni machte die deutsche Regierung ihre zweite große Notverordnung bekannt, die vom sogenannten „Tribut-Aufruf“ begleitet war, in dem drohend darauf hingewiesen wurde, „daß dieses nunmehr das letzte Opfer des deutschen Volkes für die Erfüllung der Reparationsleistungen sein solle“⁸⁷. Das Foreign Office empfand das Manifest als erneuten Rückfall in die rüden Methoden, die bei der Bekanntgabe der Zollunion angewandt worden waren; selbst Norman, der Brüning wohlgesonnen war, bezeichnete es als „pretty emphatic“. Das Problem lag darin, wie Vansittart richtig voraussah, daß die drastische deutsche Selbstdarstellung der eigenen Schwäche und die inneren Unruhen nach der Verkündung der Notverordnung zu einem umfangreichen Abzug ausländischen Kapitals führen mußten. Der Staatssekretär befürchtete,

⁸⁵ C 2833/70/18 Rumbold, 15. 4. 1931, Minutes Sargent, Vansittart. DBFP II.2, Nr. 43, Minute Nichols. C 3974/11/18 Rumbold, 29. 5. 1931, Minute Sargent. C 3820/9/18 Rumbold mit Gutachten von Rowe-Dutton, 2. 6. 1931.

⁸⁶ C 3145/70/18 Leith-Ross, 5. 5. 1931. Darauf basierte Walleys Argumentationshilfe für Chequers: C 3416/70/18, 15. 5. 1931.

⁸⁷ Brüning, Memoiren, S. 278. Vergl. DBFP, II.2, Nr. 50f., Minutes Nichols, Vansittart. C 3890/70/18 Rumbold, 6. 6. 1931, Minutes Nichols, Sargent, Vansittart.

daß der Gewinn, nämlich ein Moratorium, in keinem Verhältnis zum Verlust, d. h. einem möglichen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, stehen werde. Es ist bereits eingehend dargestellt worden⁸⁸, daß es Brüning gelang, seine Gesprächspartner von der deutschen Unfähigkeit zu weiteren Reparationszahlungen und von der Unmöglichkeit vermehrter Anstrengungen zu überzeugen; die amerikanischen Befürchtungen, bei dem Besuch könnte ein Moratorium ausgehandelt werden, bewahrheiteten sich freilich nicht. Dennoch, man war sich im Foreign Office und vor allem im Schatzamt bewußt geworden, daß ein Moratorium in Kürze notwendig wurde; zudem hatte man noch vor dem Eintreffen Brünings von Rumbold die Mitteilung erhalten, daß ein Mitglied des amerikanischen Bankhauses Morgan mit Präsident Hoover über ein „reparation holiday“ verhandelte⁸⁹.

Die Diskussion über die Notverordnung vom 5. Juni zeigt die Überlegungen und Zweifel der Deutschland- und Sicherheitsexperten des Foreign Office nach Chequers⁹⁰. Rowe-Duttons zentrale politische Wertung lautete, daß Brüning die Überzeugung gewonnen habe, ein Maximum an deutschen Vorleistungen und Opfern erbracht und nun ein Entgegenkommen Frankreichs, der USA und Englands verdient zu haben; Nichols rechnete daher mit der Forderung nach einer Revision des Young-Plans für Ende des Jahres. Sargent ließ sich jedoch nicht so leicht überzeugen, daß Deutschland alles in seinen Kräften Stehende getan hatte. Er kritisierte die Mängel der Verordnung, die erneut keine Reform des Finanzsystems gebracht hatte. Die Maßnahmen brächten zwar einschneidende Folgen für die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten, der Militärhaushalt sei jedoch nicht angetastet worden und verglichen mit dem britischen verdächtig hoch, weshalb man auf heimliche Vertragsverletzungen schließen müsse. Vor allem aber werde in einem überaus prekären Moment der Bau des zweiten Panzerkreuzers begonnen und finanziert. Vansittart, Dalton und Noël-Baker stimmten ihm zu, daß man mit Hilfe der USA Druck auf Deutschland ausüben sollte, um den Bau des Schiffes zu verhindern und den Militärhaushalt zu kürzen.

Diese Überlegungen liefen zusammen mit Vorstellungen, die der Pressechef des Völkerbunds, der Franzose Comert, in einem Gespräch mit Eric Drummond entwickelt hatte⁹¹; von Noël-Baker übernommen, erhielten sie in den nächsten Wochen einige Bedeutung. Comert hatte Anfang Juni nach einer Reise durch Mitteleuropa den Eindruck gewonnen, daß die dortige Wirtschaftslage katastrophal war; eine bedeutende französische Kredithilfe erschien ihm unvermeidlich, infolge französischer Angst vor einem schnellen Wiedererstarken Deutschlands aber schwer zu erreichen. Comert regte daher ein politisches Stillhalteabkommen zwischen England, Frankreich, Italien und Deutschland für zehn Jahre an. Nichols rechnete in einem von

⁸⁸ Helbig, Reparationen, S. 80 ff.

⁸⁹ C 3854/70/18 Rumbold, 4. 6. 1931. Vergl. auch Link, Stabilisierungspolitik, S. 500.

⁹⁰ C 4080/9/18 Memorandum Rowe-Dutton, 12. 6. 1931, Minutes Nichols, Sargent, Vansittart, Noël-Baker, Dalton.

⁹¹ C 3892/49/18 Drummond an Noël-Baker, 5. 6. 1931, Minutes Nichols, Sargent, Vansittart, Noël-Baker.

seinen Kollegen weitgehend akzeptierten Kommentar bei den ersten drei Ländern nicht mit Schwierigkeiten bei der Realisierung dieser Idee, da sie an der Erhaltung des Status quo interessiert seien; es schien ihm jedoch unmöglich, daß ein deutscher Minister – ohne eine Kabinettskrise heraufzubeschwören – auf eine Revision der Ostgrenzen oder des Militärstatus verzichten könnte. Nichols sah daher nur zwei Möglichkeiten für eine wirtschaftliche Unterstützung Deutschlands, die jedoch wenig konkret waren: die Weltwirtschaftskonferenz und eine verstärkte europäische Zusammenarbeit. Sargent meinte allerdings, daß sich die Verhältnisse schnell ändern könnten; wichtig sei auch in dieser Frage das Mitwirken der USA. Vansittart und Noël-Baker hielten die Verbindung von „Truce“ und Reparationszugeständnissen an Deutschland für nicht unmöglich und für einen Weg, Frankreich und die USA vielleicht kooperationsbereit zu machen.

Die sich rapide verschlechternde deutsche Finanzsituation zwischen dem 8. und 12. Juni führte zu intensiven Beratungen zwischen Vansittart, Leith-Ross und Norman über die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die internationale Lage⁹². Vansittart warf angesichts des Kapitalabflusses aus Deutschland der Regierung Brüning vor, diese Situation durch eigene Maßnahmen geschaffen zu haben. Am 20. Juni schließlich verkündete Hoover ein einjähriges Reparations-Moratorium⁹³, nachdem auch Premierminister MacDonald, durch Norman angeregt, Stimson um eine sofortige Aktion des Präsidenten angesichts der prekären internationalen Finanzsituation gebeten hatte⁹⁴. Die britische Regierung⁹⁵, die als einzige vom Schritt der USA unterrichtet gewesen war, begrüßte also diese Entscheidung „readily and whole-heartedly“ und war zur Kooperation bereit. Sie drang auf eine schnelle Zustimmung Frankreichs, ohne sich jedoch selber aktiv in die notwendig werdenden französisch-amerikanischen Verhandlungen einzumischen. Am 24. Juni gab Schatzkanzler Snowden seiner Hoffnung auf ein schnelles Inkrafttreten des Moratoriums Ausdruck⁹⁶, da für eine Konferenz und langwierige Abstimmung der Gläubigerstaaten keine Zeit vorhanden sei. Er wies darauf hin, daß Großbritannien auf Zahlungen seiner Schuldnerstaaten verzichtete, die für das laufende Budget einen Verlust von 11 Mill. Pfund ausmachten und ein „serious sacrifice“ bedeuteten. Die Mitteilung des britischen Botschafters in Washington, daß die italienische Regierung angesichts eigener Verzichtes auch Opfer von Deutschland forderte, fand daher im Foreign Office und bei der Regierung volles Verständnis⁹⁷. Sargent schlug Vansittart und Henderson vor, von Deutschland in einem Teil-Stillhalteabkommen den endgültigen Verzicht auf die Zollunion zu fordern. Ferner sollte ein unabhängiges Gremium die deutsche Haushaltssituation überprüfen und feststellen, ob tatsächlich das Limit erreicht war; dabei sollte in Betracht

⁹² C 4055/9/18 Tyrell, 13. 6. 1931. Cab. 23/67 Meeting, 17. 6. 1931. C. P. 158 (31). DBFP, II.2, Nr. 60, Minute Vansittart.

⁹³ Vergl. Ferrell, *Diplomacy*, S. 106 ff. Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 498 ff.

⁹⁴ Prem. 1/95 Memorandum Leith-Ross, 20. 6. 1931.

⁹⁵ DBFP, II.2, Nr. 69. Cab. 23/67 Meeting, 24. 6. 1931.

⁹⁶ Cab. 27/466/9401 Memorandum „Great Britain and the War Debts“, November 1931, S. 31 f.

⁹⁷ DBFP, II.2, Nr. 83, 87, Minute Sargent.

gezogen werden, daß die Verordnungen Brünings keine Reichsfinanzreform enthielten und der Militärhaushalt unberührt geblieben war. Schließlich sollte garantiert sein, daß die Notverordnung auch während der Dauer des Moratoriums in Kraft blieb. Der Leiter des Central Department regte an, daß Hoover von Deutschland diese Zugeständnisse fordern sollte, da er das Moratorium verkündet hatte und die USA allein über das ausreichende politische und wirtschaftliche Gewicht verfügten, um auf Deutschland erfolgreich Druck ausüben zu können. Der Sinn dieser Aktion lag darin, die „crise de confiance“ und den Widerstand der Franzosen gegen das Moratorium zu überwinden sowie ihre Mitarbeit zu sichern⁹⁸.

Henderson und Noël-Baker hatten am 25. Juni Gelegenheit, die deutschen Probleme aus erster Hand kennenzulernen und ihrer Auffassung von notwendigen politischen Konzessionen der deutschen Regierung Nachdruck zu verleihen, als der Vorsitzende der SPD, Otto Wels, auf Bitten des Kanzlers in London eintraf und in Begleitung von Dr. Schiff vom „Vorwärts“ die englischen Freunde aufsuchte⁹⁹. Wels versprach sich vom Hoover-Moratorium nur eine zeitweilige Erleichterung. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß nicht die Reparationsfrage, sondern die Arbeitslosigkeit und die bedrückende Lage der deutschen Arbeiterschaft das Hauptproblem darstellten, da sie zu wachsendem Extremismus führten. Er bat die Engländer um weitere Unterstützung, wobei er anders als Curtius in Chequers die Idee langfristiger Kredite für Investitionen und den Abbau von Industrie- und Agrarprotektionismus befürwortete. Henderson sagte ihm Hilfe zu, wenn Deutschland durch eigene Leistungen seiner Politik zum Erfolg verhelfe; dazu gehöre der Verzicht auf die Zollunion und auf den Bau des Panzerkreuzers, ferner die Einbeziehung Deutschlands in ein Schema internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Wels wies zwar auf die innenpolitischen Schwierigkeiten Brünings und Groeners in Militärfragen hin, gab aber den Rat, dieses Problem beim bevorstehenden Besuch des Premierministers in Berlin anzuschneiden; die Zollunion betrachtete der SPD-Politiker als totgeborenes Kind.

Bemühungen um ein politisches Stillhalteabkommen

Die Zeit von der Verkündung des Hoover-Moratoriums bis zum Zusammentreten der Londoner Konferenz vom 20.–23. Juli war bestimmt von den Verhandlungen zwischen den USA und Frankreich über die Form des Moratoriums und von dem Versuch des Foreign Office, zusammen mit den Amerikanern von Deutschland politische Zugeständnisse zu erreichen, um Frankreich die Zustimmung zu erleichtern und für internationale Wirtschaftsmaßnahmen zu gewinnen¹⁰⁰. Zugleich fand innerhalb der britischen Regierung, vor allem zwischen dem Schatzamt und dem Foreign Office, eine Auseinandersetzung um die Prioritäten der Außenpolitik statt, in der die so ge-

⁹⁸ Vergl. Bennett, Germany, S. 169ff. Carlton, MacDonald, S. 199 Anm. 2.

⁹⁹ C 4820/11/18 Gedächtnisprotokoll von Noël-Baker, 26. 6. 1931. Brüning, Memoiren, S. 294f.

¹⁰⁰ Bennett, Germany, S. 169ff., 201ff. Ferrell, Diplomacy, S. 113ff. Furnia, Diplomacy, S. 30ff. Helbig, Reparationen, S. 82f. Link, Stabilisierungspolitik, S. 502f.

nannten objektiven ökonomischen Faktoren, die freilich stark nationale Züge trugen, ein Übergewicht in einer langfristig geplanten Politik erhielten, die alle Aspekte, wie Wirtschafts-, Abrüstungs- und Territorialfragen, unter dem Gesichtspunkt europäischer Sicherheit und Zusammenarbeit integrieren wollte.

Die amerikanisch-französischen Verhandlungen, die am 6. Juli abgeschlossen wurden, betrafen einerseits technische Fragen, darunter vor allem die aufschiebbaren bzw. unaufschiebbaren Annuitäten; andererseits ging es um die Sicherung wirtschaftlich-politischen Einflusses in Deutschland. Die Amerikaner versuchten durch das Moratorium, „gleichzeitig ihre wirtschaftlichen und finanziellen Interessen in Deutschland [zu] retten, ihr heimisches, von der Depression bereits hart angeschlagenes Kreditsystem [zu] schützen, eine Verschärfung der Weltwirtschafts- und Finanzkrise [zu] verhindern und das Risiko eines weiteren Vordringens des sozialistisch-kommunistischen Wirtschaftssystems in Mitteleuropa [zu] vermindern“¹⁰¹. Die französische Regierung dagegen befürchtete zu Recht, daß das Moratorium zu einer Revision des Young-Plans führte, die dann eine Änderung des politischen Status quo, vor allem der territorialen Verhältnisse, zur Folge haben mußte. Der mit dem Moratorium auf Brüning ausgeübte amerikanische Druck, die Deflationspolitik fortzusetzen, bedeutete zugleich, daß der von der französischen Regierung seit langem gegen politische Bedingungen angebotene internationale Kredit an Deutschland¹⁰² hinfällig wurde.

Die Briten vertraten in der Sache den Standpunkt der Amerikaner, versuchten aber auch, durch die Forderung politischer Zugeständnisse von Deutschland den Franzosen gerecht zu werden und eine einheitliche Linie der drei Mächte zu wahren. Da auch Hoover gewisse deutsche Gegenleistungen wünschte, bemühte sich das Central Department des Foreign Office um eine Absprache mit den Amerikanern. Verschiedene Vorsprachen von Rumbolds Stellvertreter Newton und US-Botschafter Sackett bei Curtius blieben aber ohne Ergebnis, da der Amerikaner nicht entschieden genug auftrat¹⁰³. Auch Henderson beschwor Botschafter Neurath „very strongly“, seine Regierung zu politischen Zugeständnissen zu veranlassen¹⁰⁴. Newton erfuhr schließlich von Curtius vertraulich, daß die deutsche Regierung bei der Durchführung der Notverordnungen Militärausgaben bis zu 50 Mill. RM einsparen wollte¹⁰⁵. Rumbold, der sich gerade in London befand, hielt diese Versicherung für völlig ungenügend, zumal Einsparungen schon einmal vorgesehen, aber auf Druck der Armee und der Industrie wieder fallengelassen worden waren. Da mit einem äußerst harten deutschen Widerstand gegen derartige Forderungen zu rechnen war, schlug der Botschafter Sargent vor, stärkeren Druck über die englische Presse auszuüben sowie erneut Neurath zu Henderson zu bitten. Ein solches Gespräch fand am 9. Juli statt, als der

¹⁰¹ Link, Stabilisierungspolitik, S. 502.

¹⁰² Prem. 1/95 Vansittart an MacDonald, 15. 7. 1931.

¹⁰³ DBFP, II.2, Nr. 95, Minute Vansittart, Nr. 97, Minute Sargent, Nr. 98, Minute Sargent.

¹⁰⁴ Cab. 23/67 Meeting, 1. 7. 1931.

¹⁰⁵ DBFP, II.2, Nr. 120, Minute Nichols, Nr. 124, Minute Vansittart. C 5173/172/62 Minute Sargent, 7. 7. 1931.

deutsche Botschafter der britischen Regierung für die Annahme des Moratoriums dankte¹⁰⁶. Trotz aller Bemühungen blieb der Erfolg aus, den nach Ansicht von Sargent und Vansittart die Amerikaner verhinderten, da sich Sackett mit der deutschen Erklärung zufrieden gab, die durch das Moratorium freiwerdenden Gelder würden nicht für eine Erhöhung des Militärhaushalts benutzt¹⁰⁷; darin aber sahen sie kein „Opfer“ Deutschlands und entsprechend eine Zusicherung ohne Wert und Wirkung. Vansittart bemerkte ärgerlich: „But the Americans are poor and quite unreliable collaborators.“¹⁰⁸

Sargent schlug auf der Suche nach einem Ausweg vor¹⁰⁹, das Beraterkomitee der BIZ zur Untersuchung der deutschen Finanzlage einzuberufen, wie es die Regelung des Young-Plans eigentlich nur für ein von Deutschland gewünschtes Moratorium vorsah. Er erblickte darin die einzige Möglichkeit, Deutschland nach dem Versagen der USA zu einer Beschneidung des Militärhaushalts zu zwingen. Nach Beratungen im Schatzamt teilte Leith-Ross Sargent mit, daß die Einschaltung des Komitees unrealistisch sei. Das deutsche Volk trage durch die Notverordnungen bereits eine große Last, und man müsse den Versicherungen Brünings, daß eine weitere Belastung unzumutbar sei, Glauben schenken. Das Schatzamt vertrat die Ansicht, daß die internationalen Kriegsschulden für die Depression verantwortlich waren. Nicht allein die Höhe der Verpflichtungen, sondern vor allem deren politischer Charakter ließen sie zu einer Quelle wirtschaftlicher und sozialer Unsicherheit werden; die Schaffung eines Klimas internationalen Vertrauens sei daher die erste Aufgabe.

Ohne Zweifel hatte es Brüning verstanden, in Chequers MacDonald, Snowden, Norman und Leith-Ross von der prekären deutschen Situation zu überzeugen¹¹⁰. Das Schatzamt forderte daher ein schnelles Inkrafttreten des Hoover-Moratoriums ohne weitere politische Vorbedingungen, um keine Zeit für die Beruhigung des internationalen Geldmarktes zu verlieren, woran die City ein Interesse besaß. Zusätzlich wurde auf einer Kabinettsitzung vom 1. Juli beschlossen, zur Lösung der europäischen Wirtschaftsprobleme eine Konferenz der wichtigsten beteiligten Staaten innerhalb einer Woche nach London einzuberufen. Die Franzosen äußerten allerdings sofort Vorbehalte, da sie eine Isolierung befürchteten und zunächst den Ausgang ihrer Verhandlungen mit den Amerikanern abwarten wollten. Die deutsche Regierung war zwar an einem baldigen Expertentreffen interessiert, wünschte aber den Aufschub der Ministerrunde, um nach Ansicht Vansittarts politischem Druck zu entgehen¹¹¹.

¹⁰⁶ C 5060/172/62 Sargent an Vansittart, 8. 7. 1931.

¹⁰⁷ DBFP, II.2, Nr. 122, Minutes Sargent, Vansittart.

¹⁰⁸ DBFP, II.2, Nr. 165, Minutes Sargent, Vansittart. Brüning, Memoiren, S. 301 ff. Helbig, Reparationen, S. 83 f.

¹⁰⁹ C 4864/172/62 Minute Sargent, 4. 7. 1931, mit Kommentaren von Vansittart. DBFP, II.2, Nr. 133, Minute Sargent. C 4951/172/62 Leith-Ross an Sargent, 8. 7. 1931, Minute Sargent. Prem. 1/95 Treasury an MacDonald, 30. 6. 1931.

¹¹⁰ DBFP, II.2, Nr. 88. Cab. 23/67 Meeting, 1. 7. 1931. C 5059/9/18 Leith-Ross an Sargent, 9. 7. 1931.

¹¹¹ C 4797/172/62 Memorandum für Vansittart über Gespräch Fleurbaey mit Sargent, 3. 7. 1931. C 5002/172/62 Gespräch Vansittart mit Neurath, 8. 7. 1931.

Mitte Juli reiste Henderson – einem Vorschlag von Sargent folgend – nach Paris¹¹², um Frankreich aus seiner Isolierung herauszuführen und für die britischen langfristigen Zielvorstellungen einer europäischen Friedensordnung zu gewinnen. Er wünschte zudem eine Abstimmung über jene Punkte der deutschen Politik, die seiner Meinung nach für die Spannungen in Europa mitverantwortlich waren, um seine Forderungen mit größerem Nachdruck in Berlin vertreten zu können, wohin er am 18. und 19. Juli mit dem Premierminister fahren wollte. Wie in den Wochen zuvor gehörten dazu die Zollunion, der Militärhaushalt und die Verwendung der durch das Moratorium freiwerdenden Gelder. Henderson beabsichtigte, die Franzosen davon zu überzeugen, daß man Deutschland nicht demütigen dürfe, weshalb er hinsichtlich der Zollunion keine offizielle Zurücknahme, sondern lediglich „a private assurance“ anstrebte.

In Paris kam schließlich eine Idee zur Sprache, die bereits einige Wochen zuvor erwogen worden war und seit längerem auch in Frankreich diskutiert wurde: ein befristetes politisches Stillhalteabkommen mit Deutschland, das Noël-Baker durch einen multilateralen Vertrag für die Dauer von fünf Jahren erreichen wollte¹¹³. Durch dieses Zugeständnis an das französische Sicherheitsdenken sollte die deutsch-französische Annäherung nach dem Desaster der Zollunion erleichtert und zugleich durch die zeitweilige Garantierung des politischen Status quo die Wirtschaftserholung ermöglicht werden, da die Wurzeln der Depression in politischen Faktoren gesehen wurden. Noël-Bakers Entwurf, der sich mit französischen Vorstellungen weitgehend deckte, enthielt den Gedanken, die bereits bestehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Verbindungen der einzelnen Staaten auf das gesamte politische Feld auszudehnen; konkret sollte bereits am 12. Oktober eine Konferenz zur Beratung der europäischen Probleme zusammentreten. Auch der polnische Botschafter hatte sich in einem Gespräch mit MacDonald¹¹⁴ angesichts der deutschen Revisionsliste für eine deutsche Anerkennung des Status quo als Friedensgarantie ausgesprochen und die Abkehr von einer Politik der Aggression gefordert.

Dieser politischen Linie des Foreign Office, die Henderson mit seinen französischen Gesprächspartnern weitgehend abstimmen konnte¹¹⁵, schloß sich das britische Kabinett unter dem Eindruck der akuten deutschen Bankenkrise Mitte Juli nicht an; die Entscheidung war beeinflusst vom Schatzamt und der Bank of England, die in wachsendem Maß Rückwirkungen der deutschen Krise auf das eigene Land befürchteten, zumal die Wirtschaftsexperten die Wirkung des Hoover-Moratoriums durch die langen französisch-amerikanischen Verhandlungen für verpufft hielten¹¹⁶. MacDonald

¹¹² C 5180/73/18 Memorandum zum deutsch-französischen Verhältnis für Henderson, 13. 7. 1931. C 5172/172/62 Memorandum für MacDonald und Henderson für Berlinbesuch, 13. 7. 1931. C 5075/9/18 Tyrell, 11. 7. 1931, Minute Sargent. C 5425/172/62 „Times“-Artikel v. 16. 7. 1931 mit Kommentar von Sargent.

¹¹³ C 9269/173/18 Memorandum von Noël-Baker, 13. 7. 1931, mit Vertragsentwurf. C 6032/172/62 Tyrell, 3. 8. 1931, Minutes Sargent, Vansittart.

¹¹⁴ Prem. 1/95 Promemoria des polnischen Botschafters an MacDonald, 13. 7. 1931.

¹¹⁵ Carlton, MacDonald, S. 202.

¹¹⁶ Cab. 23/67 Meeting, 15.–20. 7. 1931. C. P. 182 (31) Memorandum von Henderson über seinen Paris-Aufenthalt.

informierte daher Henderson telephonisch über die Aufschiebung der Berlinreise und die sofortige Einberufung einer Regierungskonferenz nach London, die den von Snowden festgestellten „collapse of confidence“ beseitigen sollte¹¹⁷. Henderson blieb nach einigem Widerstand nichts anderes übrig, als den Londoner Weisungen zu folgen. Er blieb bis zum 19. Juli in Paris, um an einer Vorkonferenz teilzunehmen, zu der sich auch Brüning und Curtius einfanden, um den Themenkreis für London abzustimmen. Es wurde beschlossen, daß sich die anschließende Konferenz ausschließlich mit der deutschen Finanzkrise, keinesfalls mit einer Diskussion des Young-Plans oder des Versailler Vertrags befassen sollte. In verschiedenen bilateralen Gesprächen wurden ferner die Bedingungen für einen – auch von Brüning gewünschten¹¹⁸ – internationalen Kredit an Deutschland in Höhe von 2 Mrd. RM zur Deckung der Notenzirkulation und für weitere kurzfristige Anleihen zur Ersetzung der kürzlich abgeflossenen Gelder erörtert. Die französische Regierung band diese Hilfe an verschiedene, für den deutschen Kanzler unannehmbare Bedingungen: Eine Kontrolle über die Verwendung der Kredite, ausreichende Sicherheiten (u. a. Verpfändung der Zolleinnahmen) und ein politisches Stillhalteabkommen. Laval machte überdies deutlich, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Stabilität in Deutschland deshalb sein Ziel war, damit nach Ablauf des Hoover-Moratoriums die Reparationszahlungen wieder aufgenommen werden konnten. Entschieden wehrte sich der französische Ministerpräsident gegen eine Revision des Young-Plans. Sein Botschafter in London beklagte sich daher in scharfer Form über den Gouverneur der Bank of England¹¹⁹, der angeblich eine Bankeroterklärung Deutschlands befürwortete, damit in ihrem Gefolge eine umfassende Revision des Versailler Vertrags erfolgen konnte. Vansittart hielt eine Warnung an Norman für angebracht, da sein Gerede der britischen Regierung schade.

Die Londoner Konferenz¹²⁰, die von MacDonald mit beschwörenden Worten eingeleitet wurde, brachte als Ergebnis ein Stillhalteabkommen für kurzfristige private deutsche Auslandsschulden¹²¹ und die Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Prüfung der deutschen Finanz- und Kreditsituation. Der am 18. August veröffentlichte Wiggin-Bericht¹²² machte deutlich, daß Deutschland nach Ablauf des Moratoriums die Reparationszahlungen nicht wieder aufnehmen konnte, und sprach sich, wenn auch mit Rücksicht auf Frankreich in verschlüsselter Form, für eine Revision des Young-Plans aus.

Während der Konferenz versuchten Henderson und Vansittart, den deutschen Außenminister Curtius von der Notwendigkeit eines politischen Stillhalteabkommens zu überzeugen¹²³, was dieser jedoch rundweg ablehnte. Henderson machte zwar seinem

¹¹⁷ DBFP, II.2, Nr. 216. ¹¹⁸ DBFP, II.2, Nr. 219.

¹¹⁹ Prem. 1/95 Vansittart an MacDonald, 15. 7. 1931.

¹²⁰ DBFP, II.2, Appendix I, S. 435 ff.

¹²¹ DBFP, II.2, Nr. 222 ff. Bennett, Germany, S. 249, 281 ff. SIA 1931, S. 217 f. Wendt, Economic Appeasement, S. 68 f.

¹²² DBFP, II.2, Appendix II, S. 485 ff.

¹²³ DBFP, II.2, Nr. 221. C 5417/845/18 War Office an Sargent, 30. 7. 1931. C 5610/172/62 Memo-

Gesprächspartner klar, daß er die deutsche Haltung als wenig hilfreich empfand, drängte aber nicht weiter, da er einen Bruch mit Berlin nicht riskieren wollte und wohl auch einsah, daß die eigene Position nicht mehr stark genug war; Brüning hatte im Vertrauen auf den Erfolg seiner Revisionspolitik auf das französische Kreditangebot verzichtet¹²⁴. So kam dieses Thema beim Berlinbesuch MacDonalds und Hendersons vom 27. bis 29. Juli nicht mehr zur Sprache. Dort wurden auch über die Behandlung der Reparationsfrage keine weiteren Beschlüsse gefaßt; die Briten waren jedoch sicher, daß dieses Problem zusammen mit den interalliierten Kriegsschulden bis Juli 1932 auf einer neuen Basis geregelt werden mußte¹²⁵.

Neuorientierung der britischen Außenpolitik

Die Berlinreise MacDonalds und Hendersons war bereits überschattet von der am 15. Juli einsetzenden Pfundkrise; am 24. August trat das Kabinett zurück, da es nicht gelang, dieses Problems und des notwendigen Haushaltsausgleichs Herr zu werden. MacDonald bildete eine neue Regierung unter Einschluß der Konservativen; die Labour-Party zerbrach in einen regierungsfreundlichen und einen oppositionellen Flügel unter Henderson und wurde in den „Schutzzollwahlen“ im Oktober dezimiert¹²⁶. Vansittart beklagte den durch die innenpolitischen Vorgänge verursachten Verlust der Initiative in der Außenpolitik: „One of the consequences of getting into such trouble as we are in at home is the loss of initiative in foreign policy. It is a pity, because ours has been the most disinterested of all current foreign policies. The loss is serious – to everybody – but it is there, and incontestable ... Such a waiting policy is not much of a policy, but any other will do more harm than good just now.“ Der Staatssekretär war über diese Situation um so mehr beunruhigt, weil sich die USA als unfähig erwiesen, die Führung zu übernehmen, und die Franzosen trotz ihrer starken wirtschaftlichen Position nicht initiativ werden wollten¹²⁷.

Ungeachtet dieser ungünstigen Lage reiste Hendersons Nachfolger Lord Reading am 7./8. Oktober nach Paris, um die Positionen beider Regierungen so weit wie möglich abzustimmen. Neben der Reparationsfrage, in der sich die Franzosen wider Erwarten zugänglich zeigten, wurde auch das Problem eines politischen Stillhalteab-

randum „Germany's Contribution to the Re-establishment of her own Economic Stability“, 22. 7. 1931. Brüning, *Memoiren*, S. 338. Carlton, MacDonald, S. 213.

¹²⁴ Brüning, *Memoiren*, S. 347f.

¹²⁵ C 6384/9/18 Rumbold, 14. 8. 1931, Minute Sargent. C 6106/11/18 Christie, 3. 7. 1931, Minutes Vansittart, Noël-Baker, Nichols. C 5894/9/18 Nigel Law an Sargent, 30. 7. 1931, Minutes Sargent, Nichols.

¹²⁶ Bassett, *Nineteen Thirty-One*, passim. Bennett, *Germany*, S. 281. SIA 1931, S. 95 ff. R. Skidelsky, *Politicians and the Slump. The Labour Government of 1929–1931*, London 1967. Wendt, *Economic Appeasement*, S. 44 ff.

¹²⁷ C 6784/172/62 Memorandum R. Hopkins, 28. 8. 1931, Minutes Sargent, Vansittart. C 7119/172/62 Memorandum O'Malley, 4. 9. 1931, Minute Vansittart.

kommens erörtert¹²⁸. Angeregt durch einen Artikel Paul Scheffers im „Berliner Tageblatt“, der die skeptische Haltung der USA hinsichtlich einer Wirtschaftserholung in Europa ohne Beendigung der deutsch-französischen Rivalität wiedergab, hatte Sargent Ende September die Beziehungen der beiden kontinentalen Mächte analysiert. Er war zu der Erkenntnis gekommen – Vansittart und Reading stimmten ihm darin zu –, daß nur ein politisches Stillhalteabkommen die Möglichkeit für eine Bewältigung der Wirtschaftsprobleme bot, da für eine vollständige politische Flurbereinigung die Zeit nicht ausreichte. Es sollte dabei den USA zufallen, Deutschland zur Annahme des „Truce“ als „part of a general system of revision“ zu bringen. Sargent meinte jedoch kritisch, daß selbst eine deutsch-französische Annäherung die wirkliche Ursache für die gegenwärtige „crise de confiance“ unberührt lasse; notwendig sei die Überwindung des Dualismus zwischen dem „self-centered nationalism (Old Adam)“ und dem Willen zu internationaler Zusammenarbeit.

Im Laufe des Jahres 1931 setzte sich bei verschiedenen Regierungen die Erkenntnis durch, daß „Abrüstung, Sicherheits- und Grenzregelung, Reparationen, Interalliierte Schulden ... zu Komponenten ein und desselben Kardinalproblems“ wurden: „der Errichtung einer stabileren Friedensordnung durch die schrittweise Revision der bestehenden vertraglichen Verhältnisse, die sich immer mehr als fragwürdig erwiesen“¹²⁹. Die isolierte Behandlung eines Aspekts war, wie schon die zurückliegenden Konferenzen gezeigt hatten, nicht mehr möglich. Allein der Gesamtkomplex der eng miteinander verbundenen Probleme erlaubte eine Politik des Gebens und Nehmens, d. h. internationaler Abkommen, die in ihrer Ausgewogenheit das Sicherheitsgefühl in Europa wiederherstellen konnten.

Während Mussolini das Ende der Reparationen und der Rüstungsdiskriminierung in Europa forderte und auch Präsident Hoover sowie der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, William Borah, während des Laval-Besuchs in Washington für eine Revision des Friedensvertrags eintraten¹³⁰, sah der Leiter des Central Department des britischen Foreign Office die Gründe für die weltweite „crise de confiance“¹³¹ in einer Kette miteinander verbundener Probleme: „The *monetary crisis*, which is linked up with the question of *inter-governmental payments*, which, in its turn, involves *reparations and war debts*. These, by the Americans, are linked up with *security*. The latter raises the question of the *territorial status quo* of Europe, which itself involves the question of *revision of the Peace Settlements*.“ Infolge der Interdependenz der Probleme war sich Sargent bewußt, daß Einzellösungen von Dauer nicht gefunden werden konnten. Die Notwendigkeit eines „All-in settlement“ bedeute jedoch für die britische Außenpolitik die Verpflichtung zu einem aktiven Engagement auf dem Kontinent und die Übernahme größerer Verantwortung.

¹²⁸ DBFP, II.2, Nr. 266, 267. Cab. 23/68 Meeting, 30.9.1931. C 7563/172/62 Rumbold, 6. 10. 1931, Minutes Sargent, Reading. ¹²⁹ Link, Stabilisierungspolitik, S. 504.

¹³⁰ C 7932/172/62 Graham, 26. 10. 1931, Minutes Sargent, Vansittart, Reading. DBFP, II.2, Nr. 280, Minute Sargent. Bickert, Vermittlerrolle, S. 16. Link, Stabilisierungspolitik, S. 505.

¹³¹ Diese Krise umschreibt A. Toynbee in seinem Übersichtsartikel mit „Annus terribilis“; SIA 1931, S. 1 ff.

Die nach den von den Konservativen gewonnenen Wahlen neugebildete nationale Regierung unter MacDonald war zunächst mit einer umfassenden Neuordnung des britischen Finanz- und Wirtschaftslebens befaßt, die mit der Aufgabe des Goldstandards für das Pfund am 20. Oktober 1931 begann und sich bis zur Ottawa-Konferenz im Juli und August 1932 hinzog. Schatzkanzler Neville Chamberlain und der Präsident des Board of Trade, Walter Runciman, setzten eine umfangreiche Schutzzollgesetzgebung in Gang, bemühten sich um die Ausbalancierung des Haushalts und der Außenhandelsbilanz und versuchten, durch die Orientierung auf das Commonwealth einen geschlossenen und in sich stabilen Wirtschaftsraum zu schaffen¹³². Die isolierte nationale Bekämpfung der Depression nach dem Scheitern der vorherigen multinationalen Kontakte verstärkte den politischen Nationalismus; die Reglementierung der Binnen- und Außenmärkte sowie die wachsende Intervention der staatlichen Exekutive in den Wirtschaftsprozess beeinträchtigten den freien Handel, zumal Großbritannien einen der bedeutendsten Absatzmärkte darstellte. Besonders schwer waren die Folgen für den deutsch-britischen Handel; zwischen 1931 und 1932 gingen die britischen Importe aus Deutschland um 52% zurück¹³³. Die deutsche Reaktion auf diese einschneidenden Maßnahmen, die dem Handelsvertrag widersprachen, war vorsichtig, um Großbritannien wegen der Reparationsfrage nicht zu verärgern.

Gegen diese in der Wirtschaftspolitik sichtbar werdenden nationalen Tendenzen, die auch auf andere Bereiche überzugreifen und den Handlungsspielraum einer aktiven Außenpolitik einzuengen drohten, wandte sich das Foreign Office in zwei Denkschriften. Im Auftrag von Lord Reading entstand unter Leitung von Sargent, dessen Ideen überall nachzuweisen sind, und Frank Ashton-Gwatkin das Memorandum „Changing Conditions of British Foreign Policy“¹³⁴, das dem Kabinett am 2. Dezember vorlag und die Problemzusammenhänge überwiegend unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtete. Anfang Januar diskutierten die Minister das höchst geheime Schriftstück „The United Kingdom and Europe“ von Robert Vansittart¹³⁵, das auf seinen beiden vorhergegangenen Jahresanalysen aufbaute, vor allem aber einen konstruktiven Beitrag zur Abrüstungsfrage leisten sollte.

Nach Meinung von Sargent und seinen Mitarbeitern besaß Großbritannien in der Stabilisierung des Pfundes als Weltleitwährung und in der Schutzzollgesetzgebung eine Waffe, um widerstrebende Mächte zur Annahme der Politik internationaler Befriedung zwingen zu können. „*To our foreign policy, therefore, this tariff question is all important. We urge that it should not be decided purely on grounds of domestic or Empire convenience; but that, especially in view of the present crisis, its efficacy as an instrument of foreign policy should be given the fullest consideration.*“ Richtig angewendet, könne die Drohung mit der Errichtung von Zollmauern den Anstoß zu deren Beseitigung im internationalen Rahmen bringen und andere Länder zu einem tatsächlichen wirtschaftlichen Beitrag zur Herstellung wirtschaftlichen und politischen Ver-

¹³² Vergl. SIA 1931, S. 144ff. SIA 1932, S. 3ff.

¹³³ Nach Wendt, *Economic Appeasement*, S. 49.

¹³⁴ W 12949/12949/198, 26. 11. 1931. Cab. 23/69 Meeting, 2. 12. 1931.

¹³⁵ C. P. 4 (32), 1. 1. 1932, geschrieben im Auftrag des Kabinetts vom 15. Dezember.

trauens veranlassen. Eine auf Großbritannien und das Commonwealth allein bezogene Politik führe zu einer Schwächung der eigenen Verhandlungsposition, zu geringeren wirtschaftlichen Einflußmöglichkeiten wegen der zu erwartenden Gegenmaßnahmen anderer Staaten und zu einer Trennung des Landes von Europa.

Die Autoren des Memorandums nahmen Gedanken auf, die E. Bevin/G. D. Cole und S. E. Thomas in zwei kleineren Schriften¹³⁶ über die Möglichkeiten zur Überwindung der Wirtschaftskrise geäußert hatten. Darin wurde die Forderung nach freiem Warenaustausch in der Welt mit Nachdruck erhoben. Dazu waren nach Ansicht von Bevin/Cole Kredite für produktive Zwecke notwendig, ferner der Verzicht auf hohe Zolltarife, die besonders für Kreditgeberländer nachteilig waren, da die Gläubigerstaaten am Export und damit an der Möglichkeit zur Finanzierung der Anleihen gehindert wurden, und schließlich die vollständige Streichung der Reparationen und Kriegsschulden. Diese Ziele sollten auf einer Weltwirtschaftskonferenz erreicht werden. Schärfste Kritik übten Bevin/Cole an den Bankiers der City: Ihr Eintreten für die Festsetzung eines überhöhten Pfundkurses im Jahre 1925 habe den Export behindert; sie hätten langfristige Kredite an Deutschland mit kurzfristig geliehenen Geldern aus Frankreich und den USA abgedeckt; als Verfechter einer Deflationspolitik seien sie für die Haushaltskürzungen, den Abbau der Produktion und die Einschränkung der sozialen Sicherheit verantwortlich.

In die gleiche Richtung zielte die Kritik des Foreign Office an der neuen Regierungspolitik und am Schatzamt, das daher die Zurücknahme des Memorandums forderte. Sargent warf den Wirtschaftsexperten vor¹³⁷, die tieferen Ursachen der Depression, nämlich die politischen und sozialen Aspekte, angesichts der finanziellen Probleme, die nur vordergründig seien, nicht zu sehen. Um einen Weg für die Lösung der vielfältigen miteinander verbundenen Problembereiche und für eine dauerhafte Wirtschaftserholung zu zeigen, enthielt das Memorandum zwei aufeinander aufbauende Programme für ein „All-in settlement“. Als erster Schritt sollten das Ende oder zumindest die Herabsetzung der Reparationen und Kriegsschulden, Fortschritte in der Abrüstung, Sicherheitsgarantien und Grenzkorrekturen erreicht werden. Das Foreign Office wünschte damit eine Veränderung des Status quo in Europa durch eine Politik des Gebens und Nehmens, die der deutschen Regierung nicht jeweils die Initiative zur Bestimmung ihrer politischen Objekte überließ, sondern deutsche Konzessionen erforderlich machte, die der komplexen Interessensituation aller Staaten gerecht wurden.

Diese ersten Übereinkommen sollten jedoch zu weitergefaßten Zielen führen, die in drei Phasen zu erreichen waren: 1. Beseitigung der wirtschaftlichen und politischen Hindernisse für eine Erholung der Weltwirtschaft unter Einschluß eines Abkommens über ein stabiles internationales Zahlungsmittel; 2. Einführung eines internationalen

¹³⁶ E. Bevin, G. D. Cole, *The Crisis. What it is. How it arose. What to do*, London 1931, bes. S. 30f.
S. E. Thomas, *The Monetary Crisis. A Summary of its Causes and Effects*, London 1931, bes. S. 21ff.

¹³⁷ C 92/172/62 Minute Sargent, 10. 12. 1931.

Kreditziehungssystem und Anpassung unterschiedlicher Zolltarife; 3. Internationales Quotensystem für Produktion und Distribution der Industriegüter. In diesem sehr langfristig gedachten Maximalprogramm wird das „Economic Appeasement“ in seiner Funktion als „flankierende Entspannungsmaßnahme der Großmächte im kommerziellen und finanziellen Rahmen“¹³⁸ deutlich; die Autoren des Memorandums dehnten die Praxis internationaler Zusammenarbeit auf die gesamte Politik aus, indem sie die Ursachen für den Wirtschaftsnationalismus zu beseitigen suchten.

Unter diesem Aspekt kam den deutsch-französischen Beziehungen eine besondere Bedeutung zu: Nach Ansicht der Autoren des Memorandums war die Wirtschaftserholung in Deutschland und in der Welt abhängig vom finanziellen Entgegenkommen der USA, die aber argwöhnten, „die freiwerdenden Gelder würden für den Ausbau der jeweiligen Machtpositionen verwendet, so daß letztlich amerikanische Zugeständnisse finanzieller Art die Vorbereitung eines neuen kriegerischen Konflikts begünstigten“¹³⁹. Die USA banden daher finanzielle Hilfeleistungen an Fortschritte in der Abrüstungsfrage, die aber ohne ein Eingehen auf das französische Sicherheitsdenken nicht möglich waren. Die Franzosen betrachteten jegliches Antasten des Versailler Vertrags mit allen restriktiven Klauseln einschließlich der Reparationsbestimmungen als Gefährdung ihrer Sicherheit. Ihnen reichten die im Protokoll von Locarno 1924 niedergelegten Prinzipien zur Verhinderung von Gewalt nicht aus, zumal sich Deutschland weigerte, die am 26. September 1928 erfolgte Erweiterung des Briand-Kellogg-Paktes zu unterzeichnen, die alle Streitfälle einem internationalen Schiedsspruch unterwarf. Die französische Regierung forderte daher die Sicherstellung zweier offener Fragen, bevor sie zur Abrüstung bereit war: Im Fall einer Aggression sollten automatisch militärische Sanktionen erfolgen; der Begriff „Aggression“ sollte alle Eventualitäten abdecken.

Das Foreign Office hatte zwar für die französischen Sicherheitsinteressen Verständnis, hielt sie aber für zu kurzfristig. Vansittart warnte jedoch davor, Frankreich zu sehr zu kritisieren und Deutschland zu weit entgegenzukommen: „We desire Germany's recovery not from any sympathy, but merely from an enlightened self-interest, and then presumably only up to a certain point.“ Die Sympathien für Frankreich im Foreign Office und die Furcht einiger Diplomaten, der Wechsel von Henderson zu Simon könne zu einer Beeinträchtigung des britisch-französischen Verhältnisses führen, wird deutlich aus einer Denkschrift „Note as Regards Anglo-German Relations“¹⁴⁰ von Hendersons ehemaligem Privatsekretär Walford Selby. Ausgehend von der These Eyre Crowe's vom 1. Januar 1907, daß man Deutschland nicht entgegenkommen dürfe, da es nie zufrieden zu stellen sei, bedauerte er die seit 1929 feststellbare Kluft zu Frankreich infolge des britischen Eingehens auf deutsche Forderungen. Selby warf Brüning vor, die Wirtschaftskrise für revisionistische Ziele auszunützen. Er trat daher entschieden für eine mit Frankreich abgestimmte Außenpolitik ein und riet

¹³⁸ Wendt, *Economic Appeasement*, S. 15.

¹³⁹ Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 505.

¹⁴⁰ C 4658/4658/18, 7. 12. 1931. Selby, *Twilight*, S. 9f.

zu verstärktem Mißtrauen gegenüber Deutschland, das wesentlich stärker sei, als es den Anschein habe.

Vansittart hielt die deutsche Position in der Abrüstungsfrage für außerordentlich stark; er befürchtete daher, daß nach einem Scheitern der Konferenz in Lausanne Deutschland für sich das Recht zur Aufrüstung beanspruchen könnte. Bei der Suche nach einem Kompromiß kam Großbritannien nach Ansicht des Staatssekretärs eine große Verantwortung zu. Er warnte seine Regierung jedoch davor, um jeden Preis als Friedensstifter aufzutreten und sich dabei finanziell und militärisch zu schwächen. „It is incontestable that we have disarmed to an almost dangerous degree.“ Vansittart hielt einen Beitrag Großbritanniens für notwendig, der über die Zusicherung an Frankreich hinausging, den Völkerbund zu stärken und Revisionen des Versailler Vertrags, dessen mangelnde „moderation“ und „high unwisdom“ er erneut kritisierte, nur in seinem Rahmen zuzulassen, der ferner über eine Bekräftigung der Abkommen von Locarno hinausging. Er schlug den Abschluß eines Mittelmeer-Locarno und eines „multilateral political truce“ vor. Dadurch abgesichert, könnte Frankreich der Einbeziehung der deutschen Marine in die Seeverträge von Washington und London, der zeitlichen Begrenzung der Abrüstungsklausel des Versailler Vertrags und dem Zugeständnis an Deutschland zustimmen, „to have some equality in principle of treatment, though not in quantity“. Vorausschauend meinte Vansittart: „If we do not take *some* risk in these coming months, we may be running a larger risk in the coming years.“

Deutsch-polnische Beziehungen

Das größte Hindernis für die Durchführung der Abrüstung bildeten die deutsch-polnischen Grenzstreitigkeiten. Die Beziehungen beider Länder zueinander waren seit Kriegsende von Großbritannien mit größter Aufmerksamkeit verfolgt worden. Die im Zusammenhang mit dem polnischen Liquiditätsabkommen, in dem man deutscherseits die Festschreibung der Ostgrenze zu erblicken glaubte, beginnende Agitation und die Schwierigkeiten bei der Verabschiedung des von beiden Ländern abgeschlossenen Handelsvertrags, der einen fünfjährigen Handelskrieg beenden sollte, bedeuteten für Vansittart eine klare Warnung für die Zukunft und ein Zeichen für die Umorientierung der deutschen Politik nach Osten¹⁴¹, wie es auch das „Old-Adam“-Memorandum prognostizierte. Diese Auffassung schien sich während des Wahlkampfes im

¹⁴¹ C 1286/4/18 Rumbold, 14. 2. 1930. C 1390/680/18 Rumbold, 19. 2. 1930. C 1547/680/18 Rumbold, 20. 2., Minute Carr. C 2065/312/18 Erskine, 11. 3. 1930. C 2279/312/18 Rumbold, 18. 3. 1930. Zu den deutsch-polnischen Beziehungen vergl. J. Korbel, *Poland between East and West. Soviet and German Diplomacy towards Poland 1919–1933*, Princeton 1963, S. 197 ff. W. Ruge, *Die Außenpolitik der Weimarer Republik und das Problem der europäischen Sicherheit 1925–1932*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 22 (1974), S. 273–90. C 3692/680/18 Rumbold, 8. 5. 1930, mit Memorandum von Rowe-Dutton, Minutes Carr, Vansittart.

Herbst 1930 zu bestätigen, als Minister Treviranus eine Revision der Grenze mit Polen forderte. Vansittart entsprach der Forderung des polnischen Botschafters jedoch nicht, im Namen der Signatarmächte des Versailler Vertrags gegen diese Rede zu protestieren¹⁴². Nach den Wahlen, deren Ergebnis die Polen als Demaskierung Deutschlands betrachteten, nahm Botschafter Rumbold auf Wunsch des Foreign Office Stellung zu den Aussichten einer Revisionspolitik im Osten. Er erwartete für die nächsten Monate keine Initiativen der Brüning-Regierung, da sie zu sehr mit Finanz- und Wirtschaftsfragen befaßt war. Rumbold warf die Frage auf, wie Deutschland sein Revisionsziel ohne die Anwendung von Gewalt erreichen wollte: Möglich sei der Versuch, über Frankreich auf Polen Druck auszuüben; sicher sei nur, daß das Land vor einer Lösung dieses Problems keine Ruhe geben werde¹⁴³. Der britische Geschäftsträger in Warschau, Erskine, stellte dazu fest, daß sich Polen niemals auf größere Grenzverschiebungen einlassen werde, da die neuen Gebiete für den Staat lebensnotwendig seien; über die Rückgabe von Danzig lasse sich wahrscheinlich nach dem Ausbau von Gdingen (Gdynia) sprechen¹⁴⁴.

Anfang Januar 1931 faßte Nichols die bis dahin recht kursorischen Überlegungen im Foreign Office in einem größeren Memorandum zusammen¹⁴⁵, in dem er das Interesse Großbritanniens an einer friedlichen Lösung dieses großen europäischen Problems unterstrich. Nach der Diskussion verschiedener Einigungsvorschläge kam Nichols zu der Auffassung, daß von Polen Opfer zugunsten Deutschlands zu verlangen waren, die wohl nur mit französischer Hilfe durchgesetzt werden konnten. In diesem Fall müßte Großbritannien bereit sein, einen konkreten Beitrag in der Form von Garantien an Frankreich oder eines Beitritts zu einem Ost-Locarno zu leisten. Hugh Dalton, der mit Nichols die Probleme diskutiert hatte, betonte die Notwendigkeit eines von beiden Seiten als gültig anerkannten Abkommens, das durch eine Untersuchung der Wirtschaftsverhältnisse der umstrittenen Gebiete durch den Völkerbund initiiert werden sollte. Der Labour-Politiker wies darauf hin, daß die deutschen Ansprüche auf den Korridor keineswegs so eindeutig waren, wie dies auch im Foreign Office immer wieder dargestellt wurde; daher kamen für ihn nur kleinere Grenzkorrekturen, nicht aber die Rückgabe ganzer Gebiete in Betracht. Er verwahrte sich auch gegen eine zu große Geringschätzung der Polen im Vergleich mit den Deutschen: „And, on the plane of aesthetic and personal values, it may be held, by those who know them, that Poles are as well 'worth preserving' as most other Europeans.“ Für alle britischen Parteien schloß Dalton jedoch Garantien eines deutsch-polnischen

¹⁴² C 6434/680/18 Rumbold, 15. 8. 1930. C 6483/680/18 Wellesley, 15. 8. 1930, Minutes Sargent, Vansittart.

¹⁴³ C 7649/680/18 Rumbold, 10. 10. 1930. DBFP, II.1, Nr. 332, Minutes Busk, Nichols. C 8268/680/18 „Times“-Artikel zur Rede von Treviranus vom 3. November, Minute Vansittart.

¹⁴⁴ C 83/680/18 Erskine, 2. 11. 1930.

¹⁴⁵ C 173/173/18, 7. 1. 1931, Minute Dalton. Das Memorandum war für Henderson verfaßt worden, damit er in Genf für ein Gespräch mit Curtius vorbereitet war. C 560/173/18 Erskine, 19. 1. 1931. C 561/173/18 Rumbold, 21. 1. 1931, Minutes Nichols, O'Malley, Wellesley, Vansittart, Dalton. Vergl. auch C. Hölte, Die Weimarer Republik und das Ostlocarno-Problem 1919–1934. Revision oder Garantie der deutschen Ostgrenze von 1919, Würzburg 1958, S. 142f.

Abkommens im Sinn eines Ost-Locarno aus¹⁴⁶. Im Gegensatz zu Vansittart, der auf eine möglichst schnelle Inangriffnahme des Problems drang, da er ab 1932 mit verstärkten Aktionen der deutschen Außenpolitik rechnete, hielt Dalton einen Zeitraum von zehn Jahren für erforderlich.

Nach der gegenüber Polen feindlichen Rede von Außenminister Curtius am 21. Januar 1931 vor dem Völkerbund stand für Nichols fest¹⁴⁷, daß das Korridorproblem ein Haupthindernis für den erfolgreichen Abschluß der Abrüstungskonferenz darstelle, da Deutschland mit Sicherheit militärische Parität mit Polen fordern werde. Er vermutete daher, daß die deutsche Regierung die beiden Komplexe Abrüstung und Grenzregelung miteinander zu verbinden wünsche, womit sich für ihn die Frage nach den Lösungsmöglichkeiten stellte. Eine derartige Standortbestimmung hielt Vansittart für politisch ohne Wert; er war zwar seit langem davon überzeugt, daß eine Revision des Versailler Vertrags, die Polenfrage eingeschlossen, notwendig sei, hielt sie aber nun wie Dalton derzeit für nicht realisierbar. „Treaty revision is a thing to have in our minds, and to work towards – not immediately for – gradually.“ Dalton schloß sich dieser Meinung an mit dem Hinweis, daß man Brüning Hoffnung auf friedliche Modifikationen der Grenze machen könne, wenn er sich auf der Abrüstungskonferenz konstruktiv verhalte. Daher wirkten die Stahlhelmdemonstration in Breslau vor dem Englandbesuch des Kanzlers und eine gegen Polen „wild and provocative“ Rede des Generals v. Seeckt abschreckend¹⁴⁸. L. Collier, ein Polenexperte des Foreign Office, äußerte sich angesichts des tiefgreifenden Gegensatzes zwischen Polen und Deutschland pessimistisch über die Möglichkeit eines Ausgleichs: „I fear that both sides must first be thoroughly frightened by the imminence of some catastrophe, to which agreement is the only alternative... I should not be surprised if the catastrophe occurred before they could stop it, but I am afraid to see no alternative.“¹⁴⁹

Während der Vorbereitungen zu dem Memorandum „Changing Conditions“ und für einen Besuch des polnischen Außenministers August Zaleski in London am 10. Dezember 1931 befaßte sich das Foreign Office näher mit der Frage eines Ost-Locarno, die gleichzeitig in einem Artikel des „Economist“ vom 14. November aufgeworfen wurde. Auch dort wurde die Auffassung vertreten, daß die politische Unsicherheit in Europa, vor allem die umstrittene deutsche Ostgrenze, schuld an der Wirtschaftskrise sei. Die bisherige britische Haltung der Nichteinmischung in osteuropäische Angelegenheiten hielt der Verfasser des Artikels für gefährlich; er legte daher seiner Regierung nahe, einem Abkommen beizutreten, das eine der brennendsten

¹⁴⁶ Vergl. bes. Cab. 23/69 Meeting, 15. 12. 1931, mit Kabinettsbeschuß: „The Cabinet are not prepared to enter into some form of guarantee over and above Locarno under which, in conceivable circumstances, British forces might be engaged in a war on the Continent of Europe, even in respect of the Eastern Frontier of Germany.“

¹⁴⁷ DBFP, II.1, Nr. 352, Minutes Nichols, Vansittart, Dalton.

¹⁴⁸ C 3949/11/18 Bericht Vansittarts über Gespräch mit polnischem Botschafter, 3. 6. 1931. DBFP, II.2, Nr. 46, Minutes Sargent, Vansittart, Wellesley. C 4071/11/18 Bericht von Rennie Smith, Labour-MP, an Dalton über Stahlhelmdemonstration, 15. 6. 1931, Minute Dalton. C 4471/136/18 Newton, 20. 6. 1931, Minute Vansittart.

¹⁴⁹ N 6045/136/55 Canovan an Collier, 27. 8. 1931, und Antwort von Collier.

Fragen der Gegenwart auf friedliche Weise regle¹⁵⁰. Da Sargent von Zaleski ähnliche Vorstellungen erwartete, ließ er eine Stellungnahme zu einem Ost-Locarno ausarbeiten¹⁵¹. Ein solches Vertragsabkommen zwischen Polen und Deutschland und seine Garantierung durch dritte Mächte sollte einen militärischen Zusammenstoß über die ungelösten Streitfragen verhindern und die friedliche Lösung der Konflikte zur Auflage machen. Wie ambivalent die Situation war, macht ein Ende 1932 geschriebenes Memorandum deutlich¹⁵², in dem Sargent zu der Ansicht gelangte, daß Deutschland zwar in verschiedenen Verträgen auf den Krieg als Instrument nationaler Politik verzichtet habe, eine klar definierte und spezifische Erklärung hinsichtlich der Ostgrenzen in diesem Sinne jedoch nicht vorliege. Die britischen Diplomaten hielten den Abschluß eines Ost-Locarno und ein neues Engagement Englands im Osten aber nur dann für sinnvoll und vertretbar, wenn Deutschland und Polen zuvor durch Grenzkorrekturen einen Ausgleich erzielt hatten; dies bedeutete für Polen einen gewissen territorialen Verzicht, der durch „absolute security“ für das verbliebene Staatsgebiet kompensiert werden sollte. Das Foreign Office und damit die britische Regierung besaßen jedoch kaum Vorstellungen, wie dies konkret zu bewältigen sei. J. V. Perowne und L. Collier vom Nord-Department meinten daher übereinstimmend¹⁵³, daß unter dem Aspekt der Friedensbewahrung die Erhaltung des derzeitigen Status quo das geringere Übel darstelle, da jeder Versuch, die Dinge zu ändern, unübersehbare Schwierigkeiten nach sich ziehen werde. Man sah aber auch, daß die Zeit keineswegs zugunsten Polens arbeitete, sondern das voraussehbare wirtschaftliche und militärische Erstarken Deutschlands zur Gefährdung des Landes führen mußte. Außenminister Zaleski machte zudem Simon deutlich, daß Deutschland nicht nur den Korridor bekämpfte, sondern die Existenz des polnischen Staates in Frage stellte.

Reparationsfrage bis zum Sturz Brünnings

Als Ergebnis des Laval-Besuchs in Washington wurde Deutschland am 25. Oktober aufgefordert, den im Young-Plan vorgesehenen Beratenden Sonderausschuß zur Prüfung der Reparationsfrage einzuberufen¹⁵⁴. Zwei Tage zuvor hatte die Reichsregierung in Aide-mémoires an die beteiligten Regierungen angedeutet¹⁵⁵, daß Deutsch-

¹⁵⁰ C 9042/173/18. Ein Ausschnitt aus dem Artikel wird im Novembermemorandum zitiert.

¹⁵¹ C 9169/173/18 Memorandum, 9. 12. 1931, basierend auf Nichols' Polenmemorandum vom 7. Januar (vergl. Anm. 145).

¹⁵² C 9438/300/18 „Memorandum respecting the extent of Germany's Undertaking not to Attempt to Disturb the Territorial Arrangements of her Eastern Frontier by Forcible Means“, nur für das Kabinett bestimmt, 14. 11. 1932.

¹⁵³ N 8198/39/55 Minutes Perowne, Collier, Nichols zu Memorandum vom 9. Dezember 1931 (vergl. Anm. 151). C 9516/173/18 Protokoll des Gesprächs Zaleski-Simon, 10. 12. 1931.

¹⁵⁴ Helbich, Reparationen, S. 85f. Link, Stabilisierungspolitik, S. 515.

¹⁵⁵ C 7907/9/18 Aide-mémoire und Minute Vansittarts dazu, 23. 10. 1931. C 8129/9/18 Rumbold, 30. 10. 1931, mit Memorandum von Rowe-Dutton über Stillhalteabkommen. C 8162/9/18 Leith-Ross an Sargent, 3. 11. 1931, Minute Sargent.

land nur noch die kommerziellen Schulden begleichen könne; Botschafter Neurath stellte gegenüber Vansittart fest, daß darunter das Ende der Reparationen zu verstehen sei.

Schon bald nach der Bildung der neuen britischen Regierung hatte ein Kabinettsausschuß, dem Chamberlain, Simon, Runciman, Snowden und Leith-Ross angehörten, begonnen, den Komplex der Reparationen und Kriegsschulden zu prüfen und nach einer Dauerlösung für die Zeit nach dem Auslaufen des Hoover-Moratoriums und des Stillhalteabkommens zu suchen. Als Arbeitsgrundlage dienten zwei Gutachten des Schatzamtes, die ohne Konsultation mit dem Foreign Office zustande gekommen waren¹⁵⁶. Wie 1920 vertraten die Finanzexperten die Meinung, daß die Reparationen und Kriegsschulden gestrichen oder bis auf ein Minimum reduziert werden sollten, da die Existenz politischer Schulden die Wirtschaftskrise verschärft, zu Devisenanhäufungen in Frankreich und den USA, zur Verschlechterung der deutsch-britischen Handelsbeziehungen sowie zur Verarmung zahlreicher Länder geführt habe. Nach Ansicht des Schatzamtes zeigte der Wiggin-Bericht eindeutig, daß eine Regelung, die über den Young-Plan hinausführte, erforderlich war; dazu sollte vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Konferenz stattfinden. Der von Frankreich und den USA geforderten Einberufung des Beratenden Sonderausschusses stimmte das Schatzamt nur unter der Bedingung zu, daß er Vorschläge zur Modifikation des Young-Plans unter Berücksichtigung der deutschen Finanz- und Kreditsituation vorlegen durfte und die Fachleute der Wiggin-Kommission dazu berufen wurden. Bis zur Berichterstattung dieses Expertengremiums sollte die britische Haltung nicht preisgegeben, sondern lediglich eine dauerhafte Lösung gefordert werden. Im Fall, daß eine vollständige Streichung der Reparationen nicht möglich war, sollte der Grundsatz gelten, daß Deutschlands kommerzielle Schulden den Vorrang vor den Reparationsleistungen besaßen.

Das Schatzamt war sich bewußt, daß die Hauptschwierigkeiten für eine derartige Politik von Frankreich kommen würden. Britische Regierungsgespräche mit den Franzosen über die internationale Finanzlage hatten in der zweiten Novemberhälfte nur geringe Erfolge gezeitigt¹⁵⁷. Frankreich erwartete von Deutschland einen Preis für die wirtschaftliche Hilfe und von England Druck auf Brüning zugunsten politischer Konzessionen; in einer Note vom 4. Dezember verlangten die Franzosen die Aufrechterhaltung des Young-Plans, „da eine allgemeine Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit für die Zukunft während der Krise nicht möglich sei“¹⁵⁸. Leith-Ross kritisierte diese intransigente Haltung scharf; Sargent jedoch hielt die Kritik des Schatzamts für verfehlt. Die französische Regierung betrachtete nämlich finanzielle und wirtschaftli-

¹⁵⁶ C 8399/172/62 „Great Britain and War Debts“, 14. 11. 1931, Minute Sargent. Cab. 27/466, RWD (31) 3, 12. 12. 1931, „German Reparations“.

¹⁵⁷ Simon weilte am 17. November 1931 in Paris; am 4. und 12. Dezember wechselten beide Staaten Noten über diese Fragen. Vergl. C 8361/172/62 Tyrell, 2. 11. 1931, Minute Sargent. C 8383/172/62 Minute Sargent vom 10. November 1931. C 8945/172/62 Leith-Ross, 1. 12. 1931, Minutes Sargent, Eden.

¹⁵⁸ Helbig, Reparationen, S. 86.

che Fragen unter politischem Aspekt; entscheidend sei, ihr die Furcht vor einem Wiedererstarken Deutschlands zu nehmen und ihrem Sicherheitsbedürfnis Rechnung zu tragen. Auch der neue Parlamentarische Staatssekretär Anthony Eden sprach sich für eine anglo-französische Zusammenarbeit aus, die möglicherweise allein Europa retten könne. Das Schatzamt hatte jedoch eine Reihe von Maßnahmen erwogen, mit denen es die Franzosen zum Einlenken zwingen wollte: Das Pfund, dessen Schwäche in Paris mit Sorge betrachtet wurde, sollte ohne Klärung des Reparationsproblems nicht stabilisiert werden; Frankreich sollte seine Kriegsschulden an Großbritannien auf Goldbasis zahlen bei gleichzeitiger Herabsetzung britischer Zahlungen an die USA. „Broadly speaking, the doctrine of ‘capacity of payment’ must be applied all round – to reduce the payments of Germany and our own payments to the United States and to maintain the French payments to us. Our aim must be ... to bring to an end the attempt to force ‘an unnatural economic adjustment’ on the world.“

In mehreren Sitzungen befaßte sich der britische Kabinettsausschuß mit der Vorbereitung der Reparationskonferenz, zu der MacDonald am 29. Dezember, nach Erscheinen des Berichts des Beratenden Sonderausschusses, für den 18. Januar in Lausanne eingeladen hatte¹⁵⁹. In Übereinstimmung mit ihrer bisherigen Politik beschloßen die Minister, eine umfassende und endgültige Regelung der Reparations- und Kriegsschuldenfrage anzustreben; das hieß in erster Linie die Aufhebung der Reparationen. Die Weigerung der USA¹⁶⁰, an der Konferenz teilzunehmen und Konzessionen in der Kriegsschuldenfrage zu machen, sowie die französischen Vorbehalte ließen die Erreichung dieses Ziels unwahrscheinlich werden. Für diesen Fall entwickelte Leith-Ross die Kompromißformel eines „automatic pressure gauge“, die die stillschweigende Fortdauer des Moratoriums vorsah und bei der – im Gegensatz zum Young-Plan – die Gläubigerstaaten Deutschlands Zahlungsfähigkeit durch ein unabhängiges Gremium nachweisen mußten; das bedeutete aber nach Ansicht des britischen Experten ein zeitlich unbegrenztes Moratorium und de facto das Ende der Reparationen. Dieser Plan bot für Frankreich die Möglichkeit, sein Gesicht zu wahren, da der Young-Plan pro forma weiterbestand; Großbritannien seinerseits brauchte die USA nicht um die endgültige Streichung der Kriegsschulden, sondern nur um deren Aufschub zu bitten. Diese Verhandlungslinie machte Simon dem deutschen Botschafter am 6. Januar bekannt¹⁶¹. Das Foreign Office unterstützte diese Idee, da es in einer multilateralen Übereinkunft über die Reparationen einen Beispielfall für die Behandlung auch anderer Revisionsfragen erblickte. Ein möglicherweise erfolgreicher Alleingang Brünnings bot die Gefahr, daß der Kanzler unter dem Druck seiner Öffentlichkeit auch in der Abrüstungs- und Ostgrenzenfrage vorpöhlte, was zu verstärktem Mißtrauen in Frankreich, einem Rüstungswettlauf und zum Ende aller vernünftigen Zusammenarbeit führen mußte.

Bereits in den ersten Januartagen erhielt MacDonald von Nevil Butler, der ein

¹⁵⁹ Der Bericht des Beratenden Sonderausschusses erschien am 23. 12. 1931. DBFP, II.3, Appendix I, S. 590ff. Cab. 27/466.

¹⁶⁰ DBFP, II.3, Nr. 1–3.

¹⁶¹ DBFP, II.3, Nr. 7.

Gespräch mit Kurt Hahn geführt hatte, die Mitteilung, daß Brüning auf der Lausanner Konferenz die völlige Streichung der Reparationen anstreben und ein Moratorium aus Furcht vor seinem Sturz ablehnen werde¹⁶². Sargent hielt diese Entwicklung für unwahrscheinlich, es sei denn, Brüning kämpfe tatsächlich um sein politisches Überleben. Für diesen Fall gab er den Rat, die Initiative auf keinen Fall Deutschland zu überlassen, sondern sie selber zu übernehmen; andernfalls sei eine politische Krise zu befürchten, da Frankreich Deutschland sofort Vertragsbruch vorwerfen werde.

Wenige Tage später unterrichtete Brüning Rumbold wie zuvor den französischen Botschafter in einem Gespräch, dessen Inhalt durch Indiskretion am 9. Januar bekannt wurde, von seiner Absicht, in Lausanne das Ende der Reparationen zu verkünden, allerdings in einer für Frankreich akzeptablen Form; andernfalls wünschte er einen Aufschub um fünf bis sechs Monate bis nach den deutschen Präsidenten- und französischen Parlamentswahlen¹⁶³. Während MacDonald in einer Presseerklärung Brüning zu Hilfe kommen und die Konferenz retten wollte, reagierte die französische Regierung heftig auf diese Presseenthüllung und ein daraufhin folgendes Interview mit dem Kanzler. Das Foreign Office befürchtete, daß die Erzielung einer deutsch-französischen Einigung mit englischer Hilfe schwierig, wenn nicht unmöglich geworden war. Sargent schlug daher vor, daß Leith-Ross, der zu Gesprächen mit Finanzminister Flandin in Paris weilte, die Franzosen zur Annahme der britischen Kompromißformel überreden sollte. Der englische Finanzexperte konnte die Franzosen jedoch nicht überzeugen; nach seiner Rückkehr aus Paris sprach er sich für einen Aufschub der Lausanner Konferenz aus, der von Montagu Norman und Teilen der City ebenfalls befürwortet, vom Foreign Office aber bedauert wurde¹⁶⁴. Leith-Ross hatte in Paris auch versucht, französische Befürchtungen über ein Wiedererstarken Deutschlands nach der Streichung der Reparationen zu zerstreuen¹⁶⁵. Nicht die Gefahr einer deutschen industriellen Konkurrenz, sondern die Bildung einer nationalistischen Regierung als Antwort auf die Depression mit dem Ziel einer vollständigen Zurückweisung des Versailler Vertrags sei das Hauptproblem Europas. Leith-Ross begründete seine Ansicht durch die Widerlegung verschiedener wirtschaftspolitischer Argumente: Die Existenz der Reparationen sei für das deutsche Preis-Dumping verantwortlich; um zu exportieren und eine positive Handelsbilanz zu erzielen, habe man die Löhne herabgesetzt¹⁶⁶. Außerdem habe die Krise Deutschland gezwungen, die Exporte zu erhöhen

¹⁶² C 168/29/62 Butler an MacDonald, 4. 1. 1932, Minute Sargent. Brüning, Memoiren, S. 497. Helbich, Reparationen, S. 88f. DBFP, II.3, Nr. 5.

¹⁶³ DBFP, II.3, Nr. 10, Minute Sargent. C 235/235/18 Rumbold, 8. 1. 1932. Prem. 1/117 Presseinformation von MacDonald, 10. 1. 1932. C. P. 13 (32), 9. 1. 1932, F. O.-Memorandum „Reparations and Debts – A Bird's-Eye View“. C 258/29/62 Memorandum Sargent, 11. 1. 1932.

¹⁶⁴ C 273/29/62 Leith-Ross' Protokoll über Gespräche mit Flandin, 10. 1. 1932, Minute Nichols.

¹⁶⁵ Die Ansicht der Franzosen wurde auch von der Federation of British Industries geteilt; am 17. Februar 1932 intervenierte die FBI im Schatzamt gegen eine vollständige Streichung der Reparationen. Vergl. Prem. 1/117 Memorandum von Leith-Ross, Januar 1932. Helbich, Reparationen, S. 47, 49.

¹⁶⁶ Leith-Ross übernimmt hier völlig die Argumentation von Reichsfinanzminister Dietrich: „Die deutsche Ausfuhr müsse um jeden Preis forciert werden, nicht nur um die Reparationen zu zahlen,

und die Importe um zwei Drittel von 1927 bis 1931 zu senken. Wenn die deutsche Finanzkraft wiederhergestellt sei, würden die Gewerkschaften für höhere Löhne sorgen, was die Konkurrenzfähigkeit vermindern und die Importe erhöhen werde. Das Argument der fortgeschrittenen Rationalisierung der deutschen Industrie suchte Leith-Ross mit dem Hinweis auf die enorme Verschuldung, die zu geringe Kapazitätsauslastung und zu hohe Kostenbelastung zu entkräften; zudem schade die weltweite Hochzollpolitik vor allem der deutschen Industrie. Zusammenfassend meinte er, daß ein ökonomisch zu schwaches Deutschland eine größere Gefahr für den Frieden darstelle als ein zu starkes.

Wegen der Verschiebung der Reparationskonferenz auf den 16. Juni mußte das Stillhalteabkommen für kurzfristige private deutsche Auslandsschulden, das am 28. Februar auslief, verlängert werden; dies konnte ebenso erreicht werden wie am 15. April 1932 ein Kreditabkommen für deutsche öffentliche Schuldner¹⁶⁷. Die Vorbereitungen für die Konferenz in Lausanne liefen nicht so reibungslos ab; die Schwierigkeiten bestanden weiterhin in den auseinanderklaffenden deutschen und französischen Positionen, zwischen denen die britische Regierung zu vermitteln suchte. Sie schlug Laval vergeblich vor, das Hoover-Moratorium noch vor seinem Auslaufen im Juni um ein weiteres Jahr zu verlängern, um Zeit für eine endgültige Einigung zu gewinnen¹⁶⁸. Als sich der deutsche Staatssekretär Bernhard von Bülow in einem Gespräch mit Rumbold gegen die Fortdauer des Moratoriums aussprach und damit die britischen Vermittlungsversuche störte¹⁶⁹, forderte Vansittart eine scharfe Démarche des Secretary of State, doch lehnte Leith-Ross jeglichen Druck auf Deutschland ab, da dies nur zu einer einseitigen Erklärung Brünings führen werde.

Die in Lausanne getroffene Endregelung der Reparationsfrage ging auf amerikanische Vorstellungen zurück, die im April/Mai 1932 der britischen Regierung mitgeteilt wurden¹⁷⁰. In Annäherung an den französischen Standpunkt lehnten die Amerikaner das britische Konzept einer völligen Streichung der Reparationen ab und drangen darauf, „daß Deutschland nicht völlig von seinen Zahlungsverpflichtungen entbunden werde“¹⁷¹. Trotz verschiedener Warnungen an die deutsche Regierung vor einer intransigenten Haltung stellte Brüning in einer Reichstagsrede am 11. Mai die definitive Zahlungsunfähigkeit seines Landes und die Unmöglichkeit einer Wiederaufnahme der Reparationen fest. Das Foreign Office und der Kabinettsausschuß für Reparationsfragen kritisierten diese Politik des Kanzlers, da sie die Kompromi  sm  glichkeiten einschränkte; Simon richtete an Brüning eine private Mahnung, künftig derartige Erklärungen zu unterlassen¹⁷².

sondern um die Auswirkungen dieser Reparationszahlungen zu verdeutlichen“ (T. P. Koops, Zielkonflikte der Agrar- u. Wirtschaftspolitik in der Ära Brüning, in: Mommsen, *Industrielles System*, S. 852–68, 859).

¹⁶⁷ Wendt, *Economic Appeasement*, S. 68 ff.

¹⁶⁸ Helbich, *Reparationen*, S. 89 f.

¹⁶⁹ C 649/29/62 Rumbold, 20. 1. 1932, Minute Sargent, Leith-Ross an Sargent.

¹⁷⁰ Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 525 ff.

¹⁷¹ Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 527.

¹⁷² C 3923/29/62, 11. 5. 1932. C 3930/29/62 Minute Vansittart.

Anfang 1932 analysierte Sargent mehrfach kritisch das Reparationsproblem¹⁷³: Gegen französische Vorwürfe betonte er, daß sich die britische Regierung keineswegs den deutschen Standpunkt, sondern denjenigen der Bank of England und der City zu eigen gemacht habe, die behauptet hatten, daß die Weltwirtschaftskrise nur dann zu überwinden sei, wenn die Gläubigerstaaten unabhängig von der zukünftigen Zahlungsfähigkeit Deutschlands völlig auf Reparationen verzichteten. Sargent zog die Richtigkeit dieser These unter Berufung auf Autoritäten wie Layton und Keynes stark in Zweifel. Selbstkritisch meinte er: „But if we are frank with ourselves we shall recognise that if we have accepted the bankers' thesis, it is not necessarily because we believe it to be true, but because we realise that the German people, rightly or wrongly, have definitely decided to defy the creditor Governments in the matter of reparations, and that in the face of this 'will to default' we are no longer strong enough to make good our claims, however reasonable they may be.“ Sargent erwartete daher, daß die deutsche Regierung nach der Bewältigung des Reparationsproblems die übrigen Revisionspunkte in Angriff nehmen werde. Für diesen Fall rechnete er mit dem Rückgriff der Franzosen auf die Idee eines politischen Stillhalteabkommens zur Ausklammerung der territorialen Probleme. Vansittart stimmte Sargent zu und forderte den deutschen Beitritt zu einem Stillhalteabkommen als *Quid pro quo* für einen Erfolg in Lausanne.

Seit Sommer 1931 war die Frage eines „political truce“ nie ganz vergessen worden. Anfang Mai 1932 schlug der französische Botschafter in Berlin, André François-Poncet, Rumbold gegenüber eine derartige Abmachung mit Deutschland für die Dauer von fünf bis sieben Jahren vor¹⁷⁴. Vansittart riet seiner Regierung unter Hinweis auf das Projekt Noël-Bakers vom Juli 1931, die Idee auf der Genfer Abrüstungskonferenz zu verwirklichen. Nichols breitete diese Vorstellungen Anfang Juni weiter aus¹⁷⁵: Ein politisches Stillhalteabkommen mit deutscher Unterschrift könnte Frankreich die stets geforderte Sicherheitsgarantie geben, jedoch sei es schwierig, eine deutsche Regierung für einen längeren Zeitraum zu binden, auch bestehe die Gefahr, daß sich Deutschland das Recht auf Wiederaufnahme seiner Revisionsforderungen nach Ablauf der Stillhalteperiode vorbehalten könnte. Eine Weiterentwicklung und sicherlich auch Verwässerung der „Truce“-Idee von 1931 stellte der in Lausanne zunächst zwischen Frankreich und Großbritannien ausgehandelte Konsultativvertrag vom 13. Juli 1932 dar; auch der Beitritt Deutschlands wurde gewünscht, um auf Zeitpunkt und Inhalt der Revisionswünsche Einfluß ausüben zu können¹⁷⁶. Das Abkommen

¹⁷³ C 1262/29/62 Tyrell, 11. 2. 1932, Minute Sargent. C 2084/29/62 Wigram/Paris an Leeper, 9. 3. 1932, Minutes Sargent, Vansittart. C 2742/77/18 R. H. Brand an Simon, 1. 4. 1932, Memorandum über deutsche Finanzsituation. C 2234/77/18 Leith-Ross, 14. 3. 1932, Bericht über seinen Deutschlandbesuch, Minute Vansittart.

¹⁷⁴ DBFP, II.3, Nr. 108 u. 111, Minutes Vansittart, Sargent. C 3625/29/62 Leith-Ross, 11. 4. 1932, Programm für die Reparationskonferenz in Lausanne, Minute Sargent.

¹⁷⁵ C 4767/29/62, 10. 6. 1932.

¹⁷⁶ C 6330/5810/18 Memorandum „Anglo-French Agreement for Mutual Consultation in Regard to German Demands for Revision of Versailles Treaty“, 14. 7. 1932. C 6164/5920/62 Memorandum von Sargent, 15. 7. 1932. C 6165/5920/62 Minute MacDonald, 19. 7. 1932.

verfolgte das Ziel, Frankreich das Gefühl der Isolierung zu nehmen und damit seinem Sicherheitsbedürfnis entgegenzukommen, ferner das gegenseitige Ausspielen von Staaten über bedeutende politische Fragen zu verhindern, schließlich einen frühen Meinungsaustausch über diese Probleme zu sichern und den Völkerbund zu stärken. Sargent äußerte sich pessimistisch über die Realisierbarkeit der Vereinbarung „to revive and encourage the method of diplomatic negotiations between the Great Powers of Europe for the treatment of the various big political questions which still await solution“.

Brünings Sturz

Die Hoffnungen, die die britische Regierung auf eine realistische Politik Brünings während der Abrüstungs- und Reparationskonferenzen gesetzt hatte, wurden durch den Sturz des Kanzlers enttäuscht. Seine vorübergehende Schwächung, die Kabinetts-umbildung und die Verkündung der vierten Notverordnung Ende 1931 hatte das Foreign Office mit Sorge verfolgt¹⁷⁷. Der Wirtschaftsexperte der Berliner Botschaft, Thalwell, meinte Anfang Januar 1932 jedoch, daß Brüning im Volk wieder Anerkennung finde, da er „firmness und statesmanship“ beweise¹⁷⁸. Im Foreign Office übersah man allerdings nicht, daß der Kanzler autoritär regierte und daß seine Verordnungen ohne Zustimmung des Parlaments die deutsche Demokratie demontierten: „Il réorganise l'ancien régime“, meinte Councillor Owen O'Malley, und Nichols sprach bei aller Anerkennung für Brüning deutlich aus, daß Deutschland, wie Italien, unter einem Diktator lebe. Ende April wurde dem Foreign Office klar, daß Brünings Stellung sehr gefährdet war; Archibald Church, ein Freund des Kanzlers, schloß eine Militärdiktatur Schleichers nicht aus¹⁷⁹.

Der Sturz Brünings kam daher für das Kabinett und das Foreign Office nicht unerwartet¹⁸⁰. Sargent und Nichols versuchten, die Gründe dafür in einer Denkschrift¹⁸¹ darzulegen: Brüning hatte ihrer Ansicht nach wie ein „virtual dictator“ regiert, obwohl er sich durch die zeitweilige Einberufung des Parlaments und verschiedene Vertrauensvoten nach außen hin darum bemüht habe, als „constitutional Prime Minister“ zu erscheinen. Seine Stellung sei immer unsicher gewesen, weil die Erlangung einer parlamentarischen Mehrheit schwierig und die Unterstützung durch die Armee nur unter Zugeständnissen erreichbar gewesen sei; die Erfüllung beider Bedin-

¹⁷⁷ DBFP, II.2, Nr. 269 ff. C 7609/172/62 Protokoll Simons über Gespräch mit Botschaftsrat Bernstorff, 9. 10. 1931. C 9170/11/18 Rumbold, 9. 12. 1931, Minutes Nichols, Sargent. C 9307/9/18 Rumbold, 10. 12. 1931, Minutes Nichols, O'Malley, Sargent.

¹⁷⁸ DBFP, II.3, Nr. 114 ff. C 1683/235/18 Rumbold, 26. 2. 1932, Minute Nichols. C 1538/77/18 Rumbold, 23. 2. 1932, Minute Nichols. C 3514/77/18 Rumbold, 25. 4. 1932, Minutes Perowne, Vansittart.

¹⁷⁹ C 3849/733/18 Rumbold, 9. 5. 1932, Minute Vansittart. C 3864/29/62 Rumbold, 12. 5. 1932, Minute Sargent. C 4260/235/18 Leith-Ross an Sargent, 24. 5. 1932.

¹⁸⁰ Cab. 23/71 Meeting, 30. 5. 1932. Gilbert, Rumbold, S. 360.

¹⁸¹ C 4486/235/18, 31. 5. 1932.

gungen habe sich infolge der Wirtschaftslage und des Einflusses der preußischen Junker auf den völlig vergreisten Hindenburg mit der Zeit als unmöglich erwiesen. Das Central Department konnte keinen deutschen Politiker erkennen, der als Nachfolger Brünings geeignet gewesen wäre: „The average run of German politicians at the present time is of a very low calibre.“ Wenn die Politiker jedoch die Krise nicht meistern könnten, dann bestehe die Gefahr einer Militärdiktatur oder einer Machtübernahme durch Hitler.

Die Ernennung Franz von Papens zum Reichskanzler fand bei Nichols und Sargent daher wenig Gnade: Während der erste ihn mit dem spanischen Diktator Primo de Rivera verglich, sprach der zweite kurz von einer „final bankruptcy of German politicians“¹⁸². Sargent sah in der Ernennung den endgültigen Übergang vom Parlamentarismus zum persönlichen Regiment der Vorkriegszeit. Mitte August, in einem Kommentar zu den Feiern der Gründung der Weimarer Republik, vertrat Nichols die Ansicht, daß der „national character“ der Deutschen und das Wahlsystem die positive Entwicklung des Parlamentarismus verhindert hätten. Für Vansittart aber war entscheidend, daß eine autokratische Regierung eine aggressivere Außenpolitik als das sogenannte „weak Parliamentary System“ treiben würde¹⁸³.

Schlußbemerkungen

Dem deutschen Ziel, durch die sukzessive und umfassende Revision des Versailler Vertrags die Rückkehr zur Weltgeltung einzuleiten, standen zwei politisch entgegengesetzte Konzeptionen der ehemaligen Alliierten gegenüber. Frankreich versuchte, den durch die Friedensverträge geschaffenen ökonomischen, militärischen und territorialen Status in Europa durch ein kollektives Sicherheitssystem (Völkerbund, regionale Pakte und internationale Verträge wie Locarno und Kellogg-Pakt) zu fixieren, und sah in jeder Änderung dieser Ordnung, aus Angst vor einem militärisch-wirtschaftlichen Erstarken Deutschlands, eine Bedrohung seiner Sicherheit und des Friedens. „Kollektive Sicherheitspolitik impliziert ... die Bereitschaft, sich *im vornherein* für den Fall einer Aggression, dessen Definition höchst problematisch ist und kontrovers sein kann, auf Handlungen oder Unterlassungen festzulegen und sich hinsichtlich kritischer Situationen vorab der nationalen Entscheidungsfreiheit zu begeben.“¹⁸⁴ Im Gegensatz dazu sahen die USA in dem durch den Versailler Vertrag geschaffenen und durch den Völkerbund geschützten Status keine Garantie für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens, an dem sie zur Verfolgung ihrer expansiven Wirtschaftsinteressen und zur Abwehr des Kommunismus interessiert waren. „An die Stelle des Konzepts der kollektiven Sicherheit trat die Politik des ‚peaceful change‘ bzw. eine Kombination

¹⁸² C 4380/235/18 Newton, 1. 6. 1932, Minutes Nichols, Sargent. C 4454/235/18 Newton, 2. 6. 1932, Minutes Nichols, Sargent. DBFP, II.3, Nr. 122, Minutes O'Malley, Sargent.

¹⁸³ C 6986/235/18 Rumbold, 12. 8. 1932, Minute Nicols. C 8598/235/18 Newton, 13. 10. 1932, Minute Vansittart.

¹⁸⁴ Link, Stabilisierungspolitik, S. 618.

friedlicher Konfliktregelung innerhalb der bestehenden internationalen Rechtsordnung (pacific settlement) und friedlicher Änderung dieser Rechtsordnung (peaceful change).“¹⁸⁵

Die britische Außenpolitik der zwanziger Jahre entsprach weitgehend dem amerikanischen Konzept. Auch Großbritannien, das nach 1918 seine handels- und finanzpolitische Stellung der Vorkriegszeit zurückgewinnen und seine Machtposition innerhalb des Commonwealth behaupten wollte, strebte einen „schieflich-friedlichen Ausgleich in den Krisenherden der Weltpolitik“ (Appeasement-Politik) an¹⁸⁶. Diese Politik brachte das Land in einen wachsenden Gegensatz zu Frankreich und in einen latenten Konflikt mit den USA: Bereits 1924 bemühten sich englische Wirtschaftskreise und die Bank of England darum, eigene Wirtschaftsinteressen in Konkurrenz mit den USA gegen eine französische Wirtschaftshegemonie in Deutschland durchzusetzen¹⁸⁷. Die Bankiers der City, die Bank of England, das Schatzamt und der Board of Trade waren die entschiedensten Vertreter einer britischen Politik, die zugunsten eines verstärkten Kapital- und Warenexports eine Befreiung Deutschlands von den Restriktionen des Versailler Vertrags forderte. In reparations- und wirtschaftspolitischen Fragen entstand eine weitgehende Übereinstimmung oder Identität der Auffassungen zwischen britischen Wirtschaftskreisen und ihren deutschen Partnern, die sich auf den Gesamtkomplex der beide Länder interessierenden Probleme auswirkte. Während der Weltwirtschaftskrise wurde jedoch auch eine gewisse Furcht vor der Konkurrenz einer durch – auch englische – Kredite gestärkten und reorganisierten deutschen Wirtschaftsmacht sichtbar.

Diese politische Konzeption wurde von der Labour-Party und vielen Experten des Foreign Office nicht völlig geteilt. Vor allem Henderson legte großes Gewicht auf eine Verständigung mit Frankreich und die Wahrung des Friedens durch das kollektive Sicherheitssystem des Völkerbunds, um dessen Ausbau er sich bemühte. In den Memoranden Vansittarts und Sargents von 1930 bis 1932 wird diese Politik umrissen: In einer Verbindung der amerikanischen und französischen Konzeption strebten sie eine Revision des Versailler Vertrags durch internationalen Konsensus, auf der von ihm geschaffenen Rechtsgrundlage und im Rahmen des Völkerbunds an. Diese Revisions-Politik sollte ihre Grenze finden, wenn Deutschland friedliche Mittel zur Verfolgung seiner Ziele aufgab und zur aggressiven Machtpolitik der Vorkriegszeit zurückkehrte; nach Sargent war sie zudem verwerflich¹⁸⁸, wenn sie sich als „immoral“, „dangerous“ und „ineffective“ erwies, d. h. auf Kosten dritter Parteien ging, die nationale Position durch zu weitreichende Konzessionen schwächte und kein ausreichendes *Quid pro quo* zu erreichen war. Daß diese Überlegungen nicht zur Basis der britischen Außenpolitik gemacht werden konnten, lag weniger daran, daß sie „too drastic, and too imaginative“ waren¹⁸⁹, vielmehr konnten sich die wirtschaftlichen Interessengruppen,

¹⁸⁵ Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 618.

¹⁸⁶ Niedhart, *Friede*, S. 462.

¹⁸⁷ Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 223 ff.

¹⁸⁸ Gilbert, *Roots*, S. 220 ff.

¹⁸⁹ Gilbert, *Roots*, S. 133.

vertreten durch Norman, Chamberlain und Runciman, durchsetzen. So lehnte die nationale Regierung in einer ihrer ersten außenpolitischen Diskussionen den Ausbau des kollektiven Sicherheitssystems im Sinne eines Ost-Locarno ab.

Die im Foreign Office vor allem von Vansittart und Sargent entwickelte Deutschlandpolitik war langfristig angelegt und konstruktiv gedacht. Schritt für Schritt und durch ein Do-ut-des sollten die deutschen Gravamina abgebaut werden, wobei, wie am deutsch-polnischen Grenzproblem deutlich wurde, konkrete Lösungsvorschläge nicht ausgearbeitet wurden. „Treaty revision is a thing to have in our minds, and to work *towards* – not immediately *for* – gradually.“ Eine derartige Politik konnte nur Erfolg haben, wenn ein günstiges Verhandlungsklima zwischen Deutschland und seinen Nachbarn bestand und nationalistische Tendenzen bekämpft wurden. Sie hatte ferner zur Voraussetzung, daß der als Vermittler wirkende Staat eine einheitliche Politik vertrat und sich in einer stabilen politischen und ökonomischen Position befand.

Das Foreign Office hielt Brüning grundsätzlich für kooperationsbereit und verständigungswillig und versuchte daher, ihn so weit wie möglich, etwa durch die Einladung nach Chequers, zu unterstützen. Doch wahrten Henderson und seine Mitarbeiter eine Distanz, die deutscherseits als Abhängigkeit von Frankreich gewertet wurde; sie beruhte jedoch auf der Einsicht, daß sich in der deutschen Außenpolitik unter dem Einfluß der Rechtskräfte gefährliche Entwicklungen vollzogen. Die Anzeichen für eine im Vergleich zu der von Stresemann vertretenen Linie aggressivere deutsche Politik waren offenkundig: Sie waren erkennbar in der Behandlung der Abrüstungsfrage, im Abschluß der Zollunion, in mehreren militanten Reden deutscher Regierungsmitglieder und in der Weigerung („will to default“), weiterhin Reparationen zu zahlen, was der „Tribut“-Aufruf verdeutlichte. Das Foreign Office reagierte mit Warnungen an Brüning, die internationalen Beziehungen, vor allem zu Frankreich, nicht zu verschlechtern; es versuchte, Alternativvorschläge zu entwickeln, um ein deutsches Vorpellen abzufangen, und durch die Idee eines politischen Stillhalteabkommens oder durch deutsche politische Zugeständnisse für das Hoover-Moratorium ein Klima des Vertrauens herzustellen, durch das die Wirtschaftskrise beendet und strittige Fragen einer Lösung nähergeführt werden konnten. Daneben wurde der eigenen Regierung der Vorschlag unterbreitet, den wirtschaftlichen Nationalismus und die Konkurrenzsituation unter den Industrienationen zugunsten internationaler Zusammenarbeit zu überwinden, um die politischen Beziehungen der Staaten auf eine neue Basis zu stellen. Alle diese Ansätze scheiterten jedoch, da in Deutschland, je näher es „an die Erfüllung seiner mittelfristigen Milieuziele herankam und je weiter die Entdemokratisierung fortschritt“, die Neigung wuchs, die Methode der friedlichen Veränderung des Status quo aufzugeben¹⁹⁰. Großbritannien war seit dem Sommer 1931 wirtschaftlich, politisch und militärisch zu schwach, um eine aktive und im Ergebnis erfolgreiche europäische Außenpolitik treiben zu können.

Nach dem Besuch des Reichskanzlers in Chequers und der Verkündung des

¹⁹⁰ Link, Stabilisierungspolitik, S. 556.

Hoover-Moratoriums wurden die Divergenzen über Ziele und Methoden britischer Außenpolitik sichtbar: Während das Foreign Office für die Konzessionen in der Reparationsfrage ein deutsches Quid pro quo forderte, vor allem um Frankreich zur Zusammenarbeit zu bewegen, lehnten die durch die Bank of England und das Schatzamt vertretenen Wirtschafts- und Finanzkreise, die die Wirtschaftskrise monokausal auf die Auswirkungen der Reparationen und Kriegsschulden zurückführten, eine derartige Politik ab. Henderson, der sich mit den Franzosen über die Notwendigkeit politischer Konzessionen Deutschlands und ein politisches Stillhalteabkommen weitgehend geeinigt hatte, wurde durch seinen Premierminister, den Norman von der Logik der Brüning'schen Politik überzeugen konnte, desavouiert. Auch die USA, auf deren Kooperation das Foreign Office gehofft hatte, versagten sich. Daher fielen „das Hoover-Moratorium und das Stillhalteabkommen der deutschen Regierung ohne eine politische Gegenleistung zu; aber der Verzicht auf eine große Anleihe und die Prolongation der die Arbeitslosigkeit und das soziale Elend weiter verschärfenden Restriktionsmaßnahmen waren der Preis“¹⁹¹. Wäre es Brüning um die Überwindung der Wirtschaftskrise in Deutschland gegangen, hätte er das Kreditangebot gegen gewisse politische Konzessionen angenommen, was auch das Verhältnis zu Frankreich verbessert hätte. Der Kanzler hatte sich jedoch die völlige Streichung der Reparationen zum Hauptziel gesetzt, wobei er die Wirtschaftskrise nicht nur in Kauf nahm, sondern sie noch verschärfte, und sich innenpolitisch so sehr an das Maximalziel gebunden, daß eine andersartige Lösung als eine Niederlage erscheinen mußte. Die zu starre Fixierung verhinderte Anfang Januar 1932 den durchaus möglichen Erfolg: Auf Veranlassung der Bank of England, die eine der eigenen Regierungspolitik entgegengesetzte Haltung einnahm, forderte Brüning die Aufschiebung der Reparationskonferenz um sechs Monate; die Presseindiskretion unterstrich unbeabsichtigt diese Entscheidung. Damit aber kam die von Leith-Ross entwickelte britische Kompromißformel nicht zum Tragen, die durch die zeitlich nicht gebundene Verlängerung des Moratoriums möglicherweise eine für alle Seiten akzeptable Regelung gebracht hätte.

Mit der Zerstörung der Weimarer Demokratie und dem wachsenden Einfluß nationalistisch-militaristischer Gruppen auf die Gestaltung der deutschen Politik schwanden die Voraussetzungen für eine ausgleichende britische Außenpolitik. Vansittart, der diese Tendenzen („Old Adam“) seit Mai 1930 sehr aufmerksam beobachtet hatte, setzte sich mit Nachdruck für einen Kurswechsel ein¹⁹². Er und mit ihm die Mehrheit der Diplomaten des Foreign Office konnten sich jedoch, wie im Juli 1931, nicht gegen die einflußreicheren Wirtschafts- und Handelskreise durchsetzen, die, unabhängig von der deutschen Regierungsform, zur Verfolgung ihrer ökonomischen Ziele auf eine Zusammenarbeit mit Deutschland setzten.

¹⁹¹ Link, *Stabilisierungspolitik*, S. 503. Ebenso Bennett, *Germany*, S. 308 ff.

¹⁹² Colvin, Vansittart, S. 24 ff.